

# Bergarbeiter-Zeitung

verbunden mit

## Glück-Aus.

Abonnementspreis 50 Hg. pro Monat, 1,50 Mk. pro Quartal.

Durch die Post pro Monat 1,50 Mark; pro Quartal 4,50 Mark. Einzelne Nummern 1 Mark.

Aufnahmen in Anzeigen- oder redaktionellen Zeit kosten 1 Mk. für die sechspaltige Kolonnenzeile oder deren Raum. Vereins- und Versammlungsanzeigen kosten pro Zeile 25 Hg. Geschäftsanzeigen werden nach Erledigung laufender Aufträge nicht mehr aufgenommen.

Telephon-Nummern: Expedition 89, Vorstand 98.

### Organ zur Förderung der Interessen der Bergarbeiter und verwandten Berufe.

Telegraphen-Adresse: Arbeiterverband Bochum.

Unverlangt eingegangene Manuskripte werden nicht zurückgeschickt. Bei Abdruck unserer Originalartikel bitten wir um Quellenangabe.

Verantwortlich für die Redaktion: Theodor Wagner, Bochum. Druck u. Verlag von Hansmann & Co., Bochum, Wienschauserstr. 42.

Es wird keine Garantie dafür übernommen, daß Inserate an einem bestimmten Tag, Tage oder überhaupt zur Aufnahme gelangen.

## Zur Auslegung des Reichs-Kali-Gesetzes.

In der Presse beschäftigt man sich mit den Bemühungen amerikanischer Unterhändler zwecks Erlass der im Reichs-Kaligesez vorgesehenen Ueberkontingentsabgabe für die Abwicklung der sogenannten Schmidtmannverträge mit den amerikanischen Düngerkonzernen. Dabei unterlaufen Irrtümer und deshalb Fehlschlüsse, was bei der Eigenart der fraglichen Materie nicht verwunderlich ist. Da ich die Entstehungsgeschichte des Gesetzes als Mitglied der „Kali-Kommission“ des Reichstages genau zu kennen glaube, dürften folgende Darlegungen vielleicht zur Klärung der Sachlage beitragen:

Der wesentlichste Grund für die vollzogene gesetzliche Reglementierung der deutschen Kaliindustrie war ihre ruinöse Desorganisation durch eine wilde kapitalistische Spekulation. Nach uns von der Regierung gelieferten Nachweisen waren die Jahre 1907 bis 1909 die schlimmsten Jahre der Kaliindustrie, eine Jahresförderung von 850-400 Millionen Doppelzentner zu liefern. Tatsächlich brauchten sie nur 70-80 Millionen Doppelzentner zu fördern, weil eben der Absatz nicht höher war. Und noch bestanden um diese Zeit (Ende 1909) über 200 Kaliwerkunternehmungen, die alle bemüht waren, möglichst schnell in die Reihe der Lieferfertigen Werke zu treten.

Je mehr Werke, um so geringer das auf das einzelne fallende Förderquantum. Vorhanden preislich-fiskalischen Wertes z. B. wurden zuletzt nur noch circa 20 Prozent ihrer Leistungsfähigkeit ausgenutzt. Das private Werk Solstedt mußte 1906: 31 %, 1907: 40 %, 1908: 19 %, 1909: 21 % seiner Leistungsfähigkeit aus. Es gehört der vielgenannten Firma Schmidtmann, Wülfersleben, und ihren amerikanischen Geschäftsfreunden.

Wegen der unaufhörlichen Neuerfindung von Werken kam das Kalisyndikat immer stärker ins Gedränge. Die alten Werke — vor allem die Schmidtmannschen — sträubten sich immer heftiger gegen die durch den Anschluß neuer Werke erfolgende Herabsetzung der Absatzquote (Beteiligungsquoten an Syndikatsabsatz) und als beschworen am 30. Juni 1909 der damals abgeschlossene Syndikatsvertrag nicht wieder zustande kam, schlossen die Werke Wülfersleben und Solstedt mit den amerikanischen Düngermittel-Trüsten sehr umfangreiche freihändige Lieferverträge ab. Die hierin vereinbarten Preise halten sich weit unter dem üblichen Auslandspreis des Kalisyndikats; und was die Liefermenge anlangt, so hätte sie lange Zeit zur Deckung des (bisherigen) ganzen amerikanischen Kalibedarfs genügt.

Diese „Schmidtmann-Verträge“ waren den übrigen Kaliberwerken so ziemlich das ganze amerikanische Geschäft verdorben worden. Das fällt besonders ins Gewicht, weil das Kalisyndikat im Gegensatz zu anderen kapitalistischen Syndikaten die Auslandspreise höher als die Inlandspreise bemessen hat und deswegen gerade an den starken Lieferungen nach Amerika am meisten verdient. Daher die Erbitterung der anderen Werksbesitzer gegen Schmidtmann. Da der preussische Fiskus ein Hauptinteressent an der Kaliindustrie ist und vornehmlich das alte Kalisyndikat stützte, so hatten die unkontrollierbaren Einflüsse der Syndikatsfreunde den Erfolg, daß zunächst der damalige preussische Handelsminister Herr Delbrück im Reichstag am 7. Juli 1909 ein Eingreifen der Regierung gegen die „Verflechtung von Kali in das Ausland“ in Aussicht stellte und daß in der letzten Reichstagsession tatsächlich ein entsprechender Gesetzesentwurf vorgelegt worden ist.

Galten wir also fest: Die Differenzen im alten Kalisyndikat entspringen der wuchserfüllten Spekulation in der Kaliindustrie, dem wilden Jagen nach möglichst viel Mammon. Daran erkrankte die Industrie bis ins Mark. Das Syndikat zerfiel und eine Werksgruppe war schneller wie alle anderen mit billigen, syndikatsfreien Auslandsverkäufen fertig.

Die Regierung entschloß sich also — was sie längst vorher hätte tun sollen! — zu einem gesetzlichen Eingriff in die Industrie. Aber dieser Eingriff sollte nichts anderes als die gesetzliche Aufhebung der Syndikatshegemonie mit allen ihren Neben zur Folge haben. Dagegen wandte sich eine Mehrheit im Reichstag, und in der Kommissionsberatung erfuhr die Regierungsvorlage eine vollständige Umformung. Die Sozialdemokraten kamen mit Vorschlägen heraus, die das Uebel an der Wurzel faßten: Entweder sollte die Ausbeutung der nationalen Kalifische ganz der privatkapitalistischen Spekulation entzogen oder dem Reiche sollte wenigstens das Handelsmonopol in Kali übertragen werden. Jedoch, selbst solche Parteien (Zentrum und Antifemiten), deren Presse wiederholt der Verstaatlichung des Bergbaues das Wort geredet hat, waren nicht einmal für ein Reichshandelsmonopol zu haben, obgleich es kostenlos eingeführt werden konnte und für die Reichsstaats Ueberchüsse abgeworfen hätte! Die Sozialdemokraten stunden also allein mit ihren vorkapitalistischen Anträgen.

Als dies Resultat vorlag, beteiligten sich die Sozialdemokraten dennoch eifrig an der weiteren Gesetzesberatung, um so viel wie möglich für die Allgemeinheit zu retten. In dessen ihre Anträge, die auf eine energische Eindämmung der privatkapitalistischen Spekulation hinausliefen, wurden ebenfalls abgelehnt und was sie voraussetzten, nämlich, daß das Gesetz so der eigentlichen Krankheitsursache nicht beikommen würde, ist eingetroffen: Die Grundwerkwirtschaft ist weiter gegangen!

Ein Mitarbeiter der „Leipziger Volkszeitung“ (12. November 1910) schreibt, „daß das ganze Kaligesez ebenso schlampig gearbeitet sei, wie die Steuergeetze des Schnapsblocks“. Das ist bedingrichtig. Lange genug hat die Kommission über dem kleinen Gesetz gesehen, wohl jeder Paragraph ist mehrmals umgedrückt, ausgefeilt und wieder abgedrückt worden. Aber die bürgerliche Kommissionsmehrheit wollte keine grundsätzliche Sanierungspolitik, sie wollte der privatkapitalistischen Spekulation nicht wehe tun, sie wollte den Belz waschen ohne ihn naß zu machen. Dazu spielte allerhand Interessenpolitik auch in den internen Beratungen hinein. So kamen Halbheiten zustande, die die Widerstände blieben ungeklärt, die Keime neuer Konflikte wurden nicht beseitigt.

Erst nachdem die Sozialdemokraten Anträge zum Schutz der Gemeinden, der Arbeiter und Beamten gegen die Folgen von Werksstilllegungen und für die Umbahnung von Tarifverträgen zwischen Arbeitern und Werksbesitzern auf der Grundlage eines Minimallohnes und eines Maximalarbeitstages eingebracht hatten, befaßten sich auch die bürgerlichen Parteivertreter mit dieser Materie. Wieder mit dem Ergebnis, daß die bestimmten Vorschläge der Sozialdemokraten abgelehnt wurden und unbestimmte, in der Praxis sehr schwierig zu handhabende Paragraphen in das Gesetz gekommen sind. Die Schuld daran trifft in erster Linie das Zentrum. Herr Hg. Schiffer, Redinghausen, hat selber in der „Köln. Volksztg.“ geflagt, wenn die Zentrumsvorteiler dem Tarifvertragsantrag der Sozialdemokraten zugestimmt hätten, so wäre er in das Gesetz hineingekommen! Es würde sich dann in der nächsten Lesung ein für die Arbeiter günstiger Abschluß des Gesetzes, als es nun der Fall gewesen ist, gefunden haben. Hauptächlich der sog. „Vermittlungsrolle“, die das Zentrum auch beim Kaligesez gespielt hat, sind die Halbheiten und Unklarheiten in den wichtigsten Abschnitten zu danken. Dabei sind wohl die Privatkapitalisten auf ihre Kosten gekommen, aber die Allgemeinheit und die Arbeiter speziell haben sich mit Hautschuttparagraphen begnügen müssen.

Trotzdem hat die sozialdemokratische Fraktion für das Gesetz gestimmt, weil es immerhin ein prinzipielles Zugeständnis an den Sozialismus darstellt und weil es gegen den früheren Zustand wenigstens keine Verschlechterungen brachte.

Wie steht es nun mit der Abwicklung der amerikanischen Verträge? Der Mitarbeiter der „Leipziger Volksztg.“ schreibt:

„In den Uebernahmungsbestimmungen“ des Gesetzes heißt es, daß das Gesetz keine Anwendung findet auf Verträge, die vor dem 17. April 1910 abgeschlossen sind. Das gilt also für den ursprünglichen Vertrag mit den Amerikanern, kritisch aber ist, ob es für den Zusatzvertrag gilt, wonach der erste Vertrag auf weitere fünf Jahre verlängert wird. Die Regierung stellt sich auf den Standpunkt, daß für die Mengen, die Wülfersleben über sein Kontingent hinaus an die Amerikaner nach dem 1. Januar 1912 liefern würde, die Strafsteuer zu zahlen ist. Diese Steuer aber ist recht hoch. Sie beträgt für Düngesalze, die bis zu 22 Prozent Kali enthalten, für den Doppelzentner reines Kali 13 Mark, während der gesetzlich zulässige Höchstpreis für die gleichen Salze 14 Pfennig für 1 Prozent Kali ist. Somit kostet ein Doppelzentner 20 prozentige Düngesalze 2,80 Mark, die Steuer aber beträgt 2,00 Mark.

In dem Verträge ist nun gesagt, daß etwaige Ausfuhrsteuer die Käufer zu tragen haben. Das wäre dann für die Amerikaner eine vollständig unmögliche Lage, denn sie würden dabei von ihren Konkurrenten geschlagen. Wohl haben sie billige Preise vereinbart; der Doppelzentner kostet sie annähernd 1,50 Mark, inklusive Steuer wären es 4,10 Mark. Aber ihre Konkurrenten, die den vollen Syndikatspreis bezahlen, d. h. kontingentiertere Salze kaufen, die gleiche Ware für 2,80 Mark erhalten.

Vor kurzem sind nun die Vertreter des amerikanischen Düngerkonzerns in Berlin gewesen, um mit der Regierung zu verhandeln; aber sie haben gleich einen Vertreter ihrer Regierung mitgebracht. Dieser stellte sich gleich ihnen auf den Standpunkt, daß der Vertrag zu Nicht bestehen und die Strafsteuer dem Wortlaut des Gesetzes nach nicht erhoben werden dürfe. Zu einer Einigung ist es nicht gekommen, und der Vertreter der amerikanischen Regierung ist abgereist.

Nun ist ganz klar, daß die Bestimmung über die Strafsteuer ganz speziell in Hinsicht auf den bestehenden Vertrag von der Schnapsblockmehrheit in das Gesetz hineingekommen ist. Mehr noch, in dem ersten Entwurf, der im Dezember vorigen Jahres eingebracht wurde, brachte es die deutsche Regierung fertig, eine Bestimmung vorzuschlagen, wonach bereits geschlossene Verträge über Verkäufe von Kalisalzen nach dem Auslande einfach annulliert werden sollen. Man kann daher nicht anders, als in dieser ganzen Geschehnismacherei eine Herausforderung der Amerikaner zu sehen.

Dieser Ansicht bin ich nicht. Zunächst meine formellen Gründe:

Gesetzt den Fall, unser Verstaatlichungs- oder unser Handelsmonopolantrag sei angenommen worden, so hätte auch das sich hierauf gründende Gesetz nicht an den bestehenden Verbindlichkeiten vorbeigehen können. Wie hätten wir diese Frage gelöst? Vermutlich, indem wir das Reich als Rechtsnachfolger mit der Erfüllung der vorliegenden Lieferverträge beauftragten. Laten wir das — es unterliegt keinem Zweifel, daß dies geschehen wäre — so handeln wir kulant, als dies in ähnlichen Situationen in manchen ausländischen Zoll- oder Steuergeetzen geschehen ist. Dort ist nämlich, auch Deutschland gegenüber, keine besondere Rücksicht auf laufende Privatverträge genommen, sondern sie sind ohne weiteres mit den neuen Abgaben belastet worden!

Wie verhält es sich nun mit der augenblicklichen „amerikanischen Differenz“? Wir liegen die Schmidtmann-Verträge im Wortlaut vor. Da heißt es z. B. in den von den Herren Schmidtmann und Bradley am 1. Juli 1909 unterzeichneten, zwischen der Amerikan Agricultural Chemical Company in New York und den Kaliwerken Wülfersleben abgeschlossenen Vertrag: „Die Dauer dieses Vertrages ist auf zwei Jahre bemessen!“ Nur für diese Zeit gelten danach die vereinbarten Bedingungen. Ferner heißt es da:

„Die Preise für die einzelnen Kalisorten während der ersten zwei Jahre dieses Vertrages sind die unten den einzelnen Salzkategorien beigefügten, bei jeder Verschiffung zuzüglich der tatsächlichen Fracht auf diese Verschiffung von Wülfersleben zum Abnehmerhafen in den Vereinigten Staaten. Irgend welche Ausfuhr- oder Einfuhrzölle oder irgend welche anderen Regierungsaufgaben, welche während der Dauer dieses Vertrages in Kraft treten sollten, sollen ebenfalls von dem Käufer bezahlt werden.“

Also der Käufer, d. h. der betr. amerikanische Düngerkonzern hat sich von vornherein zum Tragen aller irgend wie gearteten, auch der von der Regierung etwa erhobenen Abgaben verpflichtet! Als dies vereinbart wurde, stand schon ein gesetzlicher Eingriff in die Kaliindustrie in Aussicht. Eben deswegen jener charakteristische Passus, durch den sich Schmidtmann gegen die Amerikaner sicherte. Der „Nachtragsvertrag“ zwischen J. B. Thomas & Sohn Company of Philadelphia und dem Kaliwerk Solstedt ist erst

am 30. September 1909 unterzeichnet worden und enthält ebenfalls die obige Klausel! Damals stand die Einbringung einer Kaligesezvorlage fest.

Bei der Beratung des Gesetzes konnte nur mit den endgültig abgeschlossenen laufenden Verträgen gerechnet werden. Ich muß aber konstatieren, daß nur eine geringe Minderheit in der Kalikommission gewillt war, selbst jene definitiv abgeschlossenen Verträge zu ignorieren. Sozialdemokraten, Freisinnige, Zentrum, Polen und Nationalliberale drangen geschlossen darauf, einen Konflikt mit Amerika zu vermeiden. Eigens wurde ein Vertreter des Auswärtigen Amtes zitiert, der Rückschlüsse über die handelspolitische Situation gab. Auch die Regierung betonte in allen Stadien der Beratung die Notwendigkeit, irgendwelche internationalen Komplikationen zu vermeiden. Zuguterletzt kam mit ausdrücklicher Zustimmung der Regierung folgender Paragraph in das Gesetz hinein:

„Der Bundesrat ist ermächtigt, die Abgaben des § 23 für Lieferungen auf Grund von Verträgen, die vor dem 17. Dezember 1909 abgeschlossen sind, soweit zu ermäßigen, doch die Preise für die nach dem 1. Mai 1910 gelieferten Mengen einschließlich der Abgabe nicht höher werden, als die bis zum 30. Juni 1909 in Geltung gewesenen Preise.“

Damit war die glatte Abwicklung der vor Inkrafttreten des Gesetzes getätigten Lieferverträge ermöglicht und dieser Stein des Anstoßes beseitigt.

Aber in den Schmidtmann-Verträgen befindet sich noch folgender Passus:

„Der Käufer soll bis 2. Juli 1910 die Option haben, die Verlängerung dieses Vertrages nach Ablauf desselben auf einen weiteren Zeitraum von 5 Jahren zu verlangen und zwar in jeder Beziehung zu den gleichen Bedingungen mit Ausnahme der Preise, für welche die nachfolgenden Preise in Kraft treten: . . .“

Nun folgen die Preise, die sich erheblich höher stellen als die des Grundvertrages. Um diese Optionsverträge handelt es sich jetzt! Denn in voller Kenntnis der Sachlage haben die Vertreter des amerikanischen Düngerkonzerns — nach Inkrafttreten des Kaligesezes! — die Option ausgeübt, d. h. sie haben die Verlängerung der Verträge, trotz der Ueberkontingentsabgabe, selber gewünscht!

Die amerikanischen Trüsten haben genau gewußt, daß dem Bundesrat die Ermäßigung der gesetzlichen Abgaben nur für die vor dem 17. Dezember 1909 definitiv abgeschlossenen Lieferungen gestattet ist. Trotzdem haben sie die Vertragsverlängerung gewünscht. Daß die Berufung der Reichsregierung auf das den Trüsten vor der rechtsverbindlichen Unterzeichnung der bis dahin nur provisorischen Verträge bekannte Gesetz eine „Herausforderung der Amerikaner“ sei, kann also nicht behauptet werden. Das Gesetz nimmt auch nicht etwa andere als die amerikanischen Lieferungen von der Ueberkontingentsabgabe aus; es behandelt in dieser Beziehung alle In- und Ausländer gleichmäßig. Auch deshalb kann von einer „Herausforderung der Amerikaner“ keine Rede sein. Die Trüsten hätten ja die provisorischen Verträge nicht zu unterzeichnen brauchen. Und sie selber haben mit der Abgabe gerechnet schon bei den Verträgen von 1909-1911.

Wollte man auch nur einigermaßen Ordnung in die Kaliindustrie bringen, dann mußte man zur Regelung der Produktion schreiten. Das ist geschehen — meines Erachtens nicht einmal genügend — durch die Kontingentierung der Erzeugung. Im Auftrage der sozialdemokratischen Fraktion erklärte Albrecht am 10. Mai 1910 im Reichstag, daß sich die Sozialdemokraten nachdem ihre weitergehenden Anträge abgelehnt worden seien, „für die Kontingentierung“ erklärten:

„Zunächst mußten wir selbstverständlich auch den § 23 annehmen, wo es sich um die Abgabe für das Ueberkontingent handelt.“

So ist es. Wenn einer unserer Prinzipalverträge angenommen worden wäre, hätten wir auch eine Kontingentierung der Erzeugung beschließen müssen und standen damit vor einer ähnlichen Entscheidung, wie jetzt die Reichsregierung. Wenn sie den provisorischen anders als den vor Inkrafttreten des Gesetzes definitiv abgeschlossenen Verträgen gegenüber steht, so befindet sie sich auf dem mit unserer Zustimmung geschaffenen Rechtsboden.

Ich bin aber auch der Meinung, daß man schon deshalb von keiner „Herausforderung der Amerikaner“ reden kann, weil das amerikanische Volk kein Interesse an einer Begünstigung der Düngerkonzerns haben kann! Tatsächlich müssen die amerikanischen Farmer für das ihnen von den Trüsten gelieferte Kali weit mehr bezahlen als den sonst üblichen Preis. Die Trüsten mühen nämlich nur wenige Prozent Kali mit amerikanischem Superphosphat und verkaufen dieses Nitrum trotz ihres billigen Kalibezuges sehr teuer! Die Farmer würden sich bei Abschlüssen mit nichtvertrauerten Kalilieferanten besser sehen. Den Profit von einer Abgabenermäßigung hätten also nur die amerikanischen Exportmagnaten! Dieselben Magnaten sind aber auch die Einbrecher für die rigorose amerikanische Hochschußzöllneret, die sich nicht zuletzt gegen Deutschland richtet. Nicht das amerikanische Volk wird betroffen von unserem Reichskaligesez, sondern nur eine kleine Gruppe von Spekulanten. Es würde sich lohnen, wenn die amerikanische sozialdemokratische Parteipresse diesen Sachverhalt dem Volk unterbreite, damit es sieht, wie auch in der Kaliangelegenheit das Spekulantentum vorgibt die „nationale Interessen“ zu wahren, während es sich nur um die Bereicherung einiger kapitalistischer Trüstmagnaten handelt. Diese haben gewußt, daß das Reichskaligesez ihnen keine Sondervergünstigung für die provisorischen Verträge eingeräumt hat. Das ist wohl geschehen für die definitiven Verträge. Ich bezweifle durchaus, daß die amerikanischen Trüster, wenn ihre Geschäftsführer im Parlament sich in einer gleichen Situation wie die deutschen Gesetzgeber bei der Schaffung des Kaligesezes befanden, sich so entgegenkommend gegenüber dem Auslande gezeigt hätten wie das im Deutschen Reichstag geschehen ist. Wenn wirklich die „Kalifrage“ zu handelspolitischen Verschärfungen zwischen Deutschland und Amerika führen sollte, so trafe die Schuld nur die Volksausbeuter und Spekulanten reinets des großen Wassers. Nicht uns.

Otto Hue.

### Festreden.

Preussische Regierungsvertreter sitzen sozusagen ständig auf den Füßen, um bei den verschiedensten Feierlichkeiten ihre obligaten Festreden an den Mann zu bringen. Ob gewünscht oder ungewünscht, kann ununtersucht bleiben, ein großer Teil des Konnos regierungsbürokratischer Repräsentationspflichten und Festreden entfällt unter die Rubrik Berg- und Güttenwesen. Alle Nasenlang blicken wir hier auf eine Feier oder, besser gesagt, eine Feier sagt die andere. So haben in den letzten paar Monaten eine ganze Anzahl „bergmännischer“ Feierlichkeiten stattgefunden, so der „Vermögens“tag im Kronungsaal zu Wachen die Einweihung des Knappschaftsgebäudes in Bochum, die Einweihung des Oberbergamtsgebäudes in Dortmund, die Einweihung des Knappschafts-Lazarets in Rudahanmer in Oberschlesien, das 50jährige Jubiläum der königlichen Bergakademie in Berlin usw.

Und unvorstellbar! Während die Regierung bei wichtigen Arbeiter- und freigewerkschaftlichen Veranstaltungen und Kongressen immer eine Beschickung dieser Veranstaltungen mit der Begründung ablehnt, antilich so die in der Arbeit zu sitzen, daß kein Vertreter abkömmlich sei, treffen die Regierungsvertreter und Regierungsbeamten auf den oben genannten und ähnlichen Feierlichkeiten gleich rudelweise mit den Berg- und Güttenherren zusammen. In allen Schattierungen machen sie sich bei solchen Gelegenheiten bemerkbar, die Minister und sonstige Exzellenzen, die Berghauptleute, Oberberg- und Bergräte, Wirkliche und gewöhnliche Geheim- und Regierungsräte und dann mit ihnen die Herren von der Ministerstürzertkonferenz nebst Gefolge!

Wie es auf solchen Festen zugeht, das erfahren wir ja durch die Presseberichte. Es wird viel Wein getrunken und viel gegessen, Orden und Titel werden verliehen, allerhand Auszeichnungen vorgenommen. Und dann wird gewöhnlich wieder gegessen und getrunken. Aber was solchen Veranstaltungen noch besonderen Reiz gibt, das sind die Toaste und Festreden. Sie alle, die wohlgeborenen und hochwohlgeborenen Herren, die an diesen Festen teilnehmen, haben ihre Verdienste und warum sollten sie nicht daran gehen, diese immer wieder hervorzuheben. Sie könnten bis zum nächsten Festtag sehr leicht verblaffen. Also toastiert man!

Die Festreden sind auf breiterer Grundlage als die Toaste aufgebaut, da werden nicht nur die Begebenheiten dar- und angebracht, da hören wir oft etwas wie programmatikale Bekenntnisse, die auch weitere Kreise als die der Festteilnehmer interessieren, weil sie diese allein nicht angehen. Solche programmatikale Bekenntnisse sind bei den oben angezogenen Feierlichkeiten mehrfach gehalten worden. Und da interessiert uns zunächst die Rede, die der Handelsminister v. Sydow anlässlich der Einweihung des neuen Gebäudes des Dortmunder Oberbergamts gehalten hat. Der Herr Minister war nebst zahlreicher Suite erschienen. In seiner Rede wies er auf die Bedeutung des Bergbaues im Ruhrbecken hin und auf seine Entwicklung. Wenn diese eine so glänzende sei, dann sei die Veranlassung hierzu die Initiative und die Energie der Leiter der großen Werke, die Umsicht und die Gewissenhaftigkeit ihrer Betriebsführer und Angestellten sowie der Fleiß der Bergleute! Und dann führte der Minister weiter aus:

„Es geziemt sich aber wohl, auch den Blick auf die Zukunft zu lenken und da ist der Horizont nicht ganz frei von Wolken, wie es bei dem hohen Stande des Erreichens erscheinen könnte, weber für das Oberbergamt, noch für den Bergbau in diesem Bezirk. Ein Punkt ist es hauptsächlich, der den Wohlmeinenden mit erster Sorge erfüllen dürfte, und das ist die Arbeiterfrage. Je mehr die staatliche Gesetzgebung, je mehr die freiwillige Fürsorge des Bergbaues zum Wohle der Bergarbeiter gelang hat, um so weiter schreiten wir uns von dem Ziele eines geordneten Verhältnisses zwischen Unternehmern und Arbeitern, einem vertrauensvollen Zusammenarbeiten dieser beiden Teile zu entfernen. Muß es nicht bestreben, so sehen, wie die Wahlen zur Knappschaft ausschließlich von politischen Gesichtspunkten beherrscht wurden oder wie für die Wahlen

der Sicherheitsmänner nicht vor allem die Sachkenntnis und Erfahrung der Gewählten, sondern das Maß seines politischen Radikalismus entscheidend waren und so die besten Wichtigen Gefahr laufen, in der Wirkung in ihr Gegenteil zu ver Paiden? Dem Oberbergamt werden hier noch schwierige Aufgaben erwachsen. Aber es wird und ich hoffe, der Bergbau wird das selbe tun — unbehindert seinen Weg geradeaus gehen. Was auf dem Wege sozialer Fürsorge geschieht, das tun wir um des Gewissens willen, weil und soweit wir es für unsere Christenpflicht halten. Aber auf der anderen Seite müssen wir auch darauf achten, daß der Bergbau selbst darüber nicht zugrunde geht. Dahin gehört auch, daß diejenigen, welche die Verantwortung für den Betrieb tragen, in den Grenzen ihrer Betriebsführung das Best nicht aus der Hand verlieren.“

Also die Arbeiterfrage macht dem Herrn Minister schwere Herabkemmungen. Die Arbeiter sind sehr und dankbar für das, was für sie auf gesetzlichem Wege geschieht und was die Arbeitgeber freiwillig für die Arbeiter hergeben. Statt sich dankbar zu erweisen, will ein geberliches Zusammenwirken zwischen Arbeitgeber und Arbeiter durch Schuld der letzteren sich nicht verwirklichen! Wie welt fremd doch so ein preussischer Minister ist! Wo steht das geschrieben, daß die Arbeiter dankbar zu sein haben, wenn sie und ihre Angehörigen erhalten werden, nachdem sie der Industrie Leben und Gesundheit zu Markte getragen haben? Wer den Profit hat, der hat das Risiko der Erhaltung der Kräfte der Industrie doch mit auf sich zu nehmen. So meinen wir, abgesehen davon, daß die Fürsorge getragen wird in erster Linie von den Arbeitern selbst. Wenn das der Minister nicht weiß, soll er sich Hoeblers Worte erinnern vom vorweg abgezogenen Arbeiterlohn, mit dem man die Lasten der Arbeiterversicherung deckt. Unter der Ära dieser sozialen Lasten sind die Industrien reich und reicher geworden, also hat die Fürsorge für die Arbeiter den Berg- und Güttenkapitalisten nichts geschadet. Wenn von Dankbarkeit die Rede sein soll, dann hat sie mindestens auf Gegenseitigkeit zu beruhen. Die Arbeiter opfern ihre Arbeitskraft, geben Gesundheit und Leben hin, im Bergbau mehr wie wo anders, und schaffen so gewaltige Reichtümer, daß die Fürsorge für verkrüppelte Arbeiter bei weitem nicht damit Schritt hält. Die Gegenleistung für die Opfer, die die Arbeiter bringen, ist sehr schmal.

Wenn der Minister seinem Ziele näher kommen will, soweit er es sich gesteckt hat in bezug auf ein geberliches Verhältnis zwischen Unternehmern und Arbeitern, dann soll er mit seinen Festreden in erster Linie und zunächst an die Adresse der rheinisch-westfälischen Bergwerkskapitalisten wenden. Die Bergarbeiter brauchen die ministeriellen Ermahnungen nicht! Sie haben schon lange, bevor Herr v. Sydow Minister wurde, verlangt, daß man sie als Menschen und Arbeiter seitens der Bergwerksbesitzer so achte, wie es Arbeiter verlangen können. Solche Forderungen aber stehen bei den Bergwerksherren bisher auf Hohn und Spott. Willkürlich will das Herrenmenschen sein Szepter über das gewalttätige Arbeiterheer schwingen, ohne Rücksicht darauf, daß die Mißachtung zu ungeheurem Elend und zu Klagen führen muß. Christenpflicht heißt Menschen achten lernen, das haben unsere Bergbauproben nicht gelernt.

Nicht über Vertragsbürger, sondern über Industrieklassen will man herrschen. Wo sollen bei solcher Mißachtung der Arbeiter die geberlichen Verhältnisse herkommen?

Kennt der Minister wirklich nicht die Ursache der fortgesetzten Erbitterung der Bergarbeiter? Wenn nicht, dann soll er schweigen über Sachen, die er nicht versteht und zu dirablichten vermag. Und den Bergarbeitern liegt es nicht, daß wir in Ruhrbergbau der so zugespitzten Kampfs zwischen Unternehmern und Arbeitern haben.

Den Minister befremdete es, daß der Knappschaftswahlkampf ausschließlich von politischen Gesichtspunkten beherrscht wurde. Ja, Herr Minister, haben Sie sich auch nur ein wenig Mühe gegeben, so zu erforchen, wer im Knappschaftswahlkampf die politischen Gesichtspunkte in den Vordergrund gedrängt hat?

Der Bergarbeiterverband war es nicht! Das liegt allemähig fest. Wir haben uns gegen das feineren parteipolitischen Fragen in den Knappschaftswahlkampf genug gewehrt. Aber man wollte einzig und allein eine Vorkeschlagen für die kommenden Reichstagswahlen! Und hierzu schickten die Bechenherren die von ihnen besetzten Parteisekretäre auf das Kampffeld, um in Gemeinschaft christlich-nationaler Arbeitersekretäre und zentralistischer Parteiführer das bekannte Kompromiß anzubahnen, das die politische Vorkeschlagen sollte. Also die politischen Gesichtspunkte sind hineingetragen worden von Leuten, die zu tügen der Herr Minister unterlassen hat!

Und erst die Wahlen der Sicherheitsmänner! Sie meint der Minister, daß nicht Sachkenntnis und Erfahrung ausschlaggebend gewesen seien für die Wahlen der Sicherheitsmänner, sondern das Maß politischen Radikalismus! Wir unsererseits protestieren gegen solche Anwürfe. Sachkenntnis und Erfahrung setzt das Gesetz schon von den Sicherheitsmännern voraus und es sind die diesbezüglichen Bestimmungen getroffen worden, daß beiden Rechnung getragen wird. Nicht politische Momente sind unsererseits bei den Sicherheitsmännern zum Ausdruck gekommen, weil wir von jeder die Frage der Arbeiterkontrolle betrachtet haben von dem Gesichtspunkte, wie man am besten Leben und Gesundheit der Bergarbeiter schützt. Und da haben wir selbstverständlich darauf gesehen, daß unsere Gewählten auch Männer sind, die diesen Gesichtspunkt während ihrer Tätigkeit im Auge behalten. Wenn das politische Radikalismus ist, dann werden wir diesen Vorkauf uns gern gefallen lassen. Der Minister haut stark daneben, wenn er glaubt, uns mit solchen Anwürfen treffen zu können. Auch hier weisen wir allemähig nach, daß es ganz andere Leute sind, die in der Frage der Sicherheit der Arbeiter das politische Moment in den Vordergrund gedrängt haben. Es sind das Leute gewesen, über deren Freibe Herr v. Sydow noch einmal stolpern kann, falls es ihm einfällt, unerschrocken das zu sagen, was zu sagen unserer Meinung nach nötig wäre. Freilich, solange er solche Reden wie in Dortmund hält, er sich zum Verteidiger der Einseitigkeiten — „das Best nicht aus der Hand verlieren“ — aufwirft, wie das auch die Gruben- und Güttenherren für gut halten, wird er nicht so leicht in der Verenkung verschwinden. Aber er weiß ja schließlich selbst, wann ihn die Facke der Werkherren treffen kann. Wir haben es nicht nötig, ihm das hier näher zu erklären.

Der Minister hätte also sehr gut getan, die von uns gebrachten Stellen seiner Rede nicht zu berühren. Wollte er aber nicht anders, dann können wir von ihm erwarten, daß er den Vorkommnissen im Ruhrbecken nicht so weltremd gegenüber sieht, wie das aus seinen Reden hervorgeht. Und wir können ferner verlangen, daß er keine Angriffe nach dort richtet, wo man sich diese Angriffe in Wirklichkeit verdient hat. Mehr wollen wir nicht!

Bei der Einweihung des Knappschafts-Lazarets in Rudahanmer am 29. Oktober ging es gleichfalls nicht ohne Festreden ab. In dieser Feier waren u. a. auch die Herren Berghauptmann Schmeißer aus Breslau und Regierungspräsident v. Schwerin aus Oppeln erschienen.

Herr Schmeißer erinnerte in seiner Rede an die weiter oben angeführten Worte des Ministers Sydow in Dortmund, besonders an die Stellen, die Bezug nehmen auf das „geberliche Zusammenarbeiten zwischen Unternehmer und Arbeiter“. Dann fügte er aus:

„Meine Herren! So schlimm wie im rheinisch-westfälischen Industriebezirk steht es in dieser Richtung in Oberschlesien, Gott sei Dank, noch nicht; aber auch hier sind Parteiseite, sind nationalitätssindboten, die von Wochum her aufgelegt werden, eifrig bemüht, Anietracht zu säen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer... Mit tiefem Bedauern ersehe ich aus Versammlungsberichten und Versammlungsnachrichten über angebliche Unregelmäßigkeiten im Bergbau, mit welcher beispiellosen Geschäftigkeit und welchem großen Aufwand lägerischer Darstellung Anträge zu erregen versucht wird.“

### Bergarbeiter-Föderation Großbritanniens.

Bericht von R. Smillie und A. Dantons über die soziale und wirtschaftliche Lage der deutschen Arbeiterklasse im Jahre 1910.

Nachmittags führen wir von Zeitz nach zwei oder drei Bergarbeiter-Dörfern und besuchen eine Anzahl Arbeiter in ihren Wohnungen. Das erste Dorf war Rudanau, ein Ort von ungefähr 700 Einwohnern. Wir konnten gleich sehen, daß wir in eine Gegend gekommen waren, die von Westfalen sehr verschieden war. Die Kinder liefen fast alle barfuß. Wir erfuhren, daß sie bei kaltem Wetter Holzschuhe trugen. Das Dorf war gänzlich aller Kanalisation oder sanitären Einrichtungen entblößt. Das Wasser wurde von der Quelle befozt. 52 Familien wohnten in Mietshäusern und jede Familie hatte drei ziemlich kleine Zimmer. Wir traten in drei Häuser ein. Die erste Wohnung bestand aus drei Zimmern, die ziemlich klein waren, nämlich einer Küche, einer Stube und einem Schlafzimmer. Die Stube wurde auch als Schlafzimmer benutzt, was eine Sitte ist, die wir allgemein in den Bergarbeiter-Dörfern Deutschlands vorfinden. Ein Mann mit Frau und vier Kindern wohnte hier. Der Mann, ein typischer Bergarbeiter, sagte uns, daß er jährlich 87 Mark Miete zahle. An direkten Steuern habe er im letzten Jahre Mark 13,80 bezahlt, was darauf hinwies, daß sein Lohn nicht viel mehr als 900 Mark im Jahr war. Die Familie besaß zwei Schweine.

Eine andere Wohnung, die wir betraten, beherbergte den Wäcker des Konsumvereins in diesem Distrikt. Dieser Mann hatte drei kleine Zimmer, die er mit seiner Frau und drei Kindern bewohnte. Seine Miete betrug 108 Mark jährlich und die direkten Steuern kamen auf 23 Mark. Auch hier wurde die Stube mit als Schlafzimmer benutzt.

Auf dem Wege nach einem anderen Dorfe kamen wir an einer alten baufälligen Scheune vorbei, die in Bergarbeiter-Wohnungen verwandelt worden war. Einer der Bergarbeiter lud uns zu sich ein. Seine Wohnung bestand aus drei kleinen Zimmern, in der er mit seiner Frau und fünf Kindern hauste. Die von ihm bezahlte Miete betrug 73 Mark jährlich, seine direkten Gemeindesteuern: 5 Mark; er hatte keine Einkommensteuer zu zahlen, wegen der Anlage seiner Grund. Es war ein einziges kleines hölzernes Anzett für den Gebrauch von 20 Personen vorhanden.

Im Gespräch mit dem Bergarbeiter-Beamten erfuhren wir, daß die Bauer in diesem Gebiet gewöhnlich, nachdem sie das Alter von 35 oder 37 Jahren erreicht haben, nicht als Bauer weiter arbeiten können. Sie werden dann für leichtere Arbeit überlagert oder unterlagert beschäftigt. Diese frühzeitige Alterung sei der schlechten Ventilation in den Gruben zuzuschreiben. Im Jahre 1906 hätten die Bergarbeiter in diesem Gebiete neun Wochen lang gestreikt und das Resultat sei gewesen, daß sie eine 15 prozentige Aufbesserung der Löhne und eine Verkürzung der Arbeitszeit für Untertagsarbeiter auf neun Stunden erzielt hätten. Der Kamerad Weikart berichtete uns auch, daß die Organisation in dem Bergwerksgebiet um Zeitz einen sehr schweren Stand hätte, da die vielen Tage ohne die Arbeit gelernter Bergarbeiter nicht nötig hätten, jedoch es leicht sei, Arbeiter, die um bessere Arbeitsbedingungen kämpften, zu setzen.

Es gibt in dieser Nachbarschaft auch viele große Güter. Wir erfahren, daß die Landarbeiter ungefähr Mark 1,80 pro Tag

verdienen. Die Arbeitsverhältnisse auf diesen großen Gütern sind so elend, daß man keine deutschen Arbeiter finden kann, die die Arbeit verrichten und daß eine große Anzahl ausländischer Arbeiter, die in ihrer Heimat, Rußland oder Oesterreich, für kläglich niedrige Löhne arbeiten, zur Erntezeit und bei anderen dringenden Gelegenheiten importiert werden. Diese Arbeiter nennt man „Sachjengänger“, d. h. Leute, die nach Sachjen gehen.

Der Kamerad Weikart hatte auch die Güte, uns die letzten Jahresberichte der Konsumgenossenschaften dieses und der benachbarten Bergwerksdistrikte zukommen zu lassen. Einige dieser Berichte sind sehr interessant zu lesen. Wir möchten deshalb hier einige Auszüge geben.

Aus dem 35. Jahresbericht, vom 1. September 1908 bis zum 31. August 1909 des Konsum- und Produktiv-Vereins Altenburg, S.-A., e. G. m. b. H.

„Die Lebensmittelpreise haben im Berichtsjahr ihren hohen Stand nicht nur beibehalten, sondern sie sind teilweise sogar noch weiter nach oben gegangen. Nur wenige Artikel, welche jedoch für den Massenkonsument nicht in Betracht kommen, sind etwas niedriger geworden. Die Preise für Brotgetreide hatten eine Höhe erreicht, die als Hungersnotniveau zu bezeichnen ist. Im Mai wurden für Weizen pro Tonne Mark 255,— gegen Mark 216,— im Vorjahre und Mark 171,— im Jahre 1905 notiert. Roggen stieg im Juni auf Mark 196,—. Bereits im vorjährigen Berichte haben wir auf die hauptsächlichsten Ursachen dieser Verteuerung des Brotgetreides hingewiesen. Durch das Einfuhrverbot wird die Ausfuhr von Getreide nach dem Auslande stark begünstigt und die Einfuhr durch hohe Zölle erschwert. Wenn man bedenkt, daß Deutschland nicht in der Lage ist, das für sich benötigte Getreide selbst zu bauen, dabei aber noch die Möglichkeit schafft, daß, wie z. B. in diesem Jahre, ca. 6 Millionen Doppelzentner Roggen auszuführen werden können, und ferner die Einfuhr um ca. 2 1/2 Millionen Doppelzentner zurückblieb, so wird man diese hohen Preise begreiflich finden. Die deutschen Brotkonsumenten, das sind in der Hauptsache die arbeitenden Klassen, haben in der ganzen Welt die höchsten Brotpreise zu zahlen. Es muß den schärfsten Widerspruch hervorbringen, daß es heute möglich ist, daß deutscher Weizen für Mark 160,— nach dem Auslande verschleudert wird, um dann für den Preis von Mark 200,— (unverzollt) aus dem Auslande wieder eingeführt zu werden. Das mindeste, was der deutsche Brotkonsument zu fordern hat, ist die schleunigste Aufhebung des Einfuhrzollensystems. Diese Zahlen reden eine deutliche Sprache: Bei solch unerhöht hohen Preisen für unentbehrliche Lebensmittel ist sobald an eine wesentliche Wiederbelebung der gewerblichen Tätigkeit nicht zu denken. Alles, was der Arbeiter verdient, braucht er, um sich und den Seinen den Mund zu stopfen. Gewerbliche Gebrauchsartikel zu konsumieren, ist ihm unmöglich.“

Aus dem 21. Jahresbericht (Oktober 1908 bis September 1909) des Konsumvereins Neufelds (Minendistrikt in der Nähe von Zeitz); Mitgliederzahl 2.998.

Der Bericht gibt zuerst eine Beschreibung der schlechten Ernährungsverhältnisse in dem Bergwerksdistrikt, die der herrschenden wirtschaftlichen Krise zuzuschreiben sind und erklärt die beständige wiederkehrenden schlechten Geschäftsjahre durch die beständige anarchische Produktionsweise. Die schlechte Konjunktur sei teilweise für die geringe Kaufkraft der Mitglieder des Vereins verantwortlich gewesen. Der Bericht fährt dann fort: „Hand in Hand mit all den geschilderten widertartigen Er-

scheinungen unserer Wirtschaftsordnung ging eine fortwährende Steigerung der Preise fast aller für die Arbeiter notwendigen Bedarfsgegenstände. Roggen- und Weizenpreise haben im Berichtsjahr eine Höhe erreicht, welche man bisher noch nicht kannte. Nach dem statistischen Jahrbuch für das deutsche Reich stellt sich das Gesamtergebnis und der Getreidepreis von 1893 bis 1908 wie folgt zueinander:

Jahr	Roggen.		Weizen.	
	Ernte pro Hektar der Bevölkerung	Preis pro Tonne	Ernte pro Hektar der Bevölkerung	Preis pro Tonne
1893	176	123,4	67	146,9
1894	162	110,4	65	132,0
1895	148	116,2	61	142,1
1896	162	11,8	65	152,8
1897	152	119,5	61	165,1
1898	166	146,3	66	185,5
1899	157	146,0	69	155,3
1900	152	142,6	68	151,1
1901	143	140,7	44	163,6
1902	164	144,2	67	163,1
1903	160	132,3	66	161,1
1904	169	135,1	64	174,4
1905	159	151,9	64	174,8
1906	157	160,6	64	179,6
1907	157	193,2	56	206,3
1908	173	181,3	59	210,4
1909		197,0		270,0

Aus dieser Tabelle ist ersichtlich, daß bis zum Jahre 1900 guten Ernten im nächsten Jahre niedrige Getreidepreise folgten. Eine Minderung erfolgte jedoch das Bild, nachdem 1907 der neue Zolltarif in Kraft getreten war. Bei gleichem Ernteergebnis erhöhte sich der Preis der Tonne (gleich 20 Zentner) um 33,— Mark. Durch Aufhebung des Identitätsnachweises für Getreide, welches nach dem Auslande ausgeführt und für welches der Eingangszoll zurückvergütet wird, ohne Rücksicht darauf, ob das auszuführende Getreide deutsches oder ausländisches Produkt ist, hat man eine bequeme Einrichtung geschaffen, mit deren Hilfe es möglich ist, die Getreidepreise in Deutschland künstlich hochzuhalten. Aber nicht nur Getreide und die daraus erzeugten Waren sind wesentlich teurer geworden. Eine mehr oder weniger bedeutende Preiserhöhung haben erfahren Butter, Margarine, Schmalz, Fleisch und Würstwaren, Zucker, Seife, Fertige, Kartoffelfabrikate, Hülsenfrüchte, Woll-, Baumwoll- und Lederwaren u. a. m. Hierzu kommen die in letzter Zeit in Kraft getretenen neuen indirekten Steuern \*) auf Kaffee, Tee, Streichhölzer, Zigarren, Bier und Branntwein, dieselben machen nach dem im letztverflossenen Jahre gemachten Umfassen für unsere Mitglieder pro Jahr rund 30.000 Mark aus.“

\*) Ein Teil dieser indirekten Steuern müßte amterlegt werden, weil der Ertrag in Deutschland die Preise der notwendigen Lebensbedürfnisse in einem solchen Grade erhöht hätte, daß die ungewohnte Armut der Staatsbeamten und Angestellten im Deutschen Reich nicht mehr mit dem alten Gehalte auskommen könnte. So daß der Staat endlich gezwungen war, den beständigen Forderungen seiner Angestellten auf eine beträchtliche Gehaltserhöhung nachzugeben.

\*\*) Um es den Lesern zu ermöglichen, die Weizenpreise in schwebeländischen Deutschland und dem schwebeländischen Großbritanniens zu vergleichen, geben wir hier die Preise des La Plata-Weizens in Liverpool vom Juni bis zum September während der letzten paar Jahre. In Liverpool waren die Weizenpreise pro Tonne: 129,1 in 1901, 129,3 in 1902, 132,1 in 1903, 132,1 in 1904, 124,8 in 1905, 138 in 1906, 160 in 1907 und 176 in 1908.



zu unterstehen und ihre Vermittlung einstreuen zu lassen. Ein Vertrauensmann, der seinen Verpflichtungen nicht nachkommt, kann vom Oberbergamt nach Anhörung der Beteiligten entlassen werden.

Das Recht, die Vertrauensmänner zu wählen, steht also den Arbeitern aus. Der Vertrauensmann selbst muß bereits Mitglied des Arbeitervereins sein. Der Vertrauensmann, der dem Vertrauensmann bei der Grubenbefahrung entgegensteht, ist ihm vom Arbeitgeber und zwar nach Maßgabe seines regelmäßigen Arbeitsverdienstes, zu entschädigen.

Die wirtschaftliche Lage der holländischen Bergarbeiter.

Vor einigen Wochen sagte der Vorsitzende des Amburgischen römisch-katholischen Propagandaklubs u. a.: „Die materiellen Interessen der Bevölkerung von Geerlen werden immer besser.“ Diese Behauptung geht, daß die Agitatoren der römisch-katholischen Gewerkschaften nicht wissen, wie die materielle Lage der Arbeiter ausseht.

Es mag sein, daß die Händler, welche den Arbeitern ihre Waren zu teuer verkaufen, und die Grundbesitzer, welche beim herrschenden Wohnungsmangel sich zu viel Miete zahlen lassen, ihre materiellen Interessen beherrschten. Dies gilt auch für die Bergarbeiter, welche in der katholischen Amburgischen Bevölkerung ein williges Ausbeutungssubjekt finden, aber für die Bergarbeiter gibt es überhaupt nicht. Die holländischen Bergarbeiter gehen in materieller Hinsicht zurück. Um dem Kampf für mehr Vergütung entgegen zu stehen, suchen die römisch-katholischen Agitatoren den Arbeitern glauben zu machen, daß ihre wirtschaftliche Lage immer besser wird, was überhaupt eine Unmöglichkeit ist.

Der Reallohntrag, nach Abzug aller Kürzungen für Klassenbeiträge, Sprengmittel usw., betrug im Durchschnitt:

Table with 3 columns: Year (1906-1909), Amount in fL, and Number of workers. Shows a general decline in real wages over the period.

Ein noch viel übleres Bild zeigen uns die vergleichenden Löhne der Untertagsarbeiter. Diese zeigen einen viel größeren Rückgang. Zum Vergleich nehmen wir den Reallohntrag der unterirdischen Arbeiter. Im Durchschnitt betrug er:

Table with 3 columns: Year (1906-1909), Amount in fL, and pro Schicht. Shows a significant decrease in wages per shift.

Der Jahreslohn der Untertagsarbeiter betrug deshalb im Jahre 1909 45,53 fL weniger als im Jahre 1907, d. h. pro Schicht 0,21 fL. Diese Zahlen geben uns noch kein vollkommenes Bild von dem materiellen Niedergang der holländischen Bergarbeiter; denn gegenüber dieses Lohnrückganges könnte stehen ein Sinken der Lebensmittelpreise und der Miete, wodurch die Arbeiter mit diesem geringen Lohn mehr kaufen könnten als vorher mit einem höheren Lohn. Es ist daher unbedingt notwendig, Rücksicht zu nehmen auf die Lebensmittelpreise, um eine getreue Uebersicht zu erlangen von dem materiellen Niedergang der holländischen Bergarbeiter.

Und da sehen wir, daß gegenüber dem Sinken der Löhne, eine fastoffene Steigerung der Lebensmittelpreise steht. Das holländische römisch-katholische Tagesblatt „De Tyd“ schrieb vor wenigen Tagen, daß in (nur) fünf Jahren in Amsterdam das Leben 15 bis 20 Prozent teurer geworden ist.

Daß diese Steigerung schon längere Zeit bemerkbar ist und wie weit sich diese Preissteigerung ausbreitet, vor allem wie sie aber auf die Preise der allernötigsten Lebensmittel drückt, wird gezeigt in „Maandbericht van het Centraalbureau van de Statistiek“. In den Instanzen und Gefängnissen von 's Hertogenbosch, Goorn, Leerdam und Leiden zahlte man im Durchschnitt folgende Preise:

Table showing price increases for various goods like potatoes, bread, and meat from 1898-1902 to 1910.

Zählt man diese Prozente zusammen und teilt man die Summe durch 6, dann erhält man im Durchschnitt eine Preissteigerung von 23,3 Prozent.

Table showing price increases for goods like eggs, soap, and bread from 1898-1902 to 1910.

Auch an den Ladenpreisen selbst ist diese Steigerung bemerkbar. Der Konsumverein „Eigen Gulp“ hatte folgende Preise. In Amsterdam zahlte man für:

Table showing prices for various goods like beans, butter, and flour in Amsterdam from 1901-1905 to 1910.

Im Durchschnitt betrug die Steigerung obengenannter Lebensmittel 22 Prozent.

Auch die Preise für Rindfleisch sind gestiegen von 0,60 fL auf 0,75 fL; von Schweinefleisch von 0,36 fL auf 0,48 fL pro Kilogramm. Das kann daher ruhig annehmen, daß die Preise in 6 bis 10 Jahren um 25 Prozent gestiegen sind.

Auch ist man nicht vergessen, daß die Preissteigerung der Lebensmittel in den Grenzstädten, wie im holländischen Kohlenrevier (welches von Geerlen angeschlossen), noch höher ist und da man viel Reisbrauch macht, einseitig mit der Unwissenheit, andererseits mit der Unmöglichkeit, weiter zu wandern, ihre Einkäufe sofort zu bezahlen. Man kann also nicht sagen, daß die wirtschaftliche Lage der Bergarbeiter im Mittelpunkt des holländischen Kohlenreviers besser wird. Im Gegenteil, ihre wirtschaftliche Lage wird immer schlechter.

Die den holländischen Bergarbeitern steht die Sache ein wenig anders. Der Reingewinn dieser Herren wird in jedem Jahre höher, und auf Kosten der Arbeiterlöhne.

Die Gesellschaft zur Exploitation der Amburgischen Kohlenreviere berechnete am 31. Dezember 1909:

Table showing company statistics: Beneficial quantity, number of workers, sales value, operating costs, and net profit.

so daß diese Gesellschaft auf jeden Arbeiter im Durchschnitt 822 fL, d. h. 888 Mk. Reingewinn machte.

Ein ähnliches Bild zeigt uns die Bilanz der Gesellschaft „Laura en Vereeniging“, welche im Jahre 1909 an ihre Teilhaber 8 Prozent gab, gegen 6 Prozent im Jahre 1908.

Hieraus geht hervor, daß der Gewinn der holländischen Bergarbeitern im Steigen begriffen ist, während die Bergarbeiterlöhne kleiner werden.

Zu einem nicht geringen Teil ist dies in Holland, ebenso wie in Deutschland, dem Auftreten der christlichen Gewerkschaften zu verdanken. Als im November vorigen Jahres auf der Besche Oranje-Rassau I ein Lohnabzug stattfand, hat der holländische Bergarbeiterverband alles versucht, um den alten Lohn zu behalten. Der christliche Bergarbeiterverband hat damals nichts getan. Drei Monate lang hat der holländische Bergarbeiterverband versucht, diesem Lohnabzug vorzubeugen. Der christliche Bergarbeiterverband hat in beiden Fällen in beiden Fällen wieder seinen Finger gerührt. Als den Arbeitern auf den „Staatsminen“ ein Entlohnung für eine Unterfertigungsstufe angeboten wurde, wozu von den Arbeitern hohe Beiträge gefordert wurden, da hat der holländische Bergarbeiterverband versucht, die Beiträge geringer zu machen. Der christliche Bergarbeiterverband hat wiederum nichts getan.

Diese Organisation macht es sich zum Ziel, die Kraft der Arbeiter den Beschebesitzern gegenüber zu lähmen. Darum sollen die christlichen Arbeiter im Interesse ihrer materiellen Wohlfahrt einsehen, daß sie sich den freien Gewerkschaften anschließen müssen.

Wir konstatieren, daß es im Grunde der Sache Streit mit dem Wesen der Gewerkschaften, die nachste einzutreten, nicht ausschließlich nach dem Maße, welches sie ausüben, sondern auch nach ihrer politischen oder religiösen Gesinnung. Eine Gewerkschaft hat ein anderes Ziel und einen anderen Platz, wie die großen Arbeiterverbände. Sie stellt nicht einen Verband Gleichgestimmter dar, sondern eine wirtschaftliche Kraft. Ihre natürlichen Schranken werden daher nicht durch die Gesetzesrichtung, sondern durch den Betrieb, worin gearbeitet wird.

Sobald die Arbeiter dies einsehen, wird ihre wirtschaftliche Lage sich bessern können. Dann wird die Macht der Bergarbeiter wachsen können, so daß die Beschebesitzer mit den gerechten Arbeiterforderungen werden rechnen müssen.

Geerlen. J. S. Eifers.

Nachrichten aus der Montanindustrie.

Jahresabläufe in der Eisenindustrie.

Die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ bringt eine Zusammenstellung der Jahresabläufe von 17 großen Eisen- und Hüttenwerken, die etwa die Hälfte des in diesem Industriezweig Deutschlands angelegten Kapitals umfassen. Große Werke, wie Krupp, Thyssen, de Wendel, Stumm, Müchling u. a. sind unberücksichtigt in der Zusammenstellung geblieben, weil ihre Geschäftsberichte der breiten Öffentlichkeit weniger zugänglich sind oder auch gar nicht.

Die Abläufe der in der Zusammenstellung genannter Werke zeigen den Aufstieg in der Konjunktur. Produktion und Preise sind gestiegen ebenso die Gewinne. In kurzen Zeitabständen haben die Preise erhebliche Steigerungen erfahren. So kostete Kalzium am 30. Juni 1909: 82,50 Mk., heute 87,50 Mk., Stabeisen damals unter 100 Mk., heute 112 Mk.; Grobbleche etwa 105 Mk., heute 122 Mk.; Feinbleche damals 115 Mk., jetzt 138-140 Mk.; Wandeisen damals 127,50 Mk., jetzt 140 Mk. Auf Grund dieses höheren Preisniveaus ist es denn auch möglich geworden, daß die Rohgewinne der in unserer Tabelle erfassen Werke von 125,5 Millionen Mark auf 147,5 Millionen Mark, also um 22 Millionen gleich 17,5 Prozent gestiegen sind, während sie im vorigen Jahre etwa im gleichen Verhältnis zurückgegangen waren!

Die meisten der genannten Gesellschaften heuten Kohlen aus. Wenn diese Kohlenförderung auch nur eine geringere Steigerung aufweist als die Eisenproduktion, so bleibt der wirtschaftliche Aufstieg auch hier unverkennbar. Inzwischen ist ja die Lage noch besser geworden.

Large table with multiple columns showing production and financial data for various iron and steel works from 1907/08 to 1909/10.

Table showing company statistics for various firms, including production, sales, and profit figures.

Summary of numbers.

Table summarizing key financial metrics like fixed capital, liabilities, and reserves.

Table showing average dividends and investment values for different companies.

Table showing production and profit figures for various industrial sectors.

Es ist hohe Zeit, daß die Arbeiter aus solchen Zahlen für die nächste Zukunft ihre Schlüsse ziehen.

Knappschäftliches.

Vorstandsitzung des Allg. Knappschäftvereins Bochum vom 10. November 1910.

Einleitend kam der Vorsitzende, Herr Geheimrat Dr. Weidmann, auf den Knappschäftprozess zu sprechen und hob hervor, daß Herr Direktor Köhne dabei in eine recht unangenehme Situation gekommen sei. Knappschäft sei nicht bekannt, daß der Minister die Zuziehung von Arbeitervertretern zu den Vergütungsarbeiten auf Knappschäft angeordnet habe. Nur durch die Zeitungen sei das bekannt geworden. Köhne und Weidmann suchten es so darzustellen, als wenn Döhler selbst die Schuld trage, daß er zu den Vergütungsarbeiten nicht weiter zugezogen worden sei, er hätte als Vorstandsmitglied die Sache im Vorstand zur Sprache bringen können. Das ist nach den Feststellungen im Knappschäftprozess ein wirklich starkes Stück. Dort wurde einmündig festgestellt, daß Köhne in der Tat vor den Grubenbesitzern ins Maul geschlagen, wie der Verteidiger Köhne sagte, getroffen ist. Und um keinen Preis hätten wir vor Gericht Köhne eine Stelle einnehmen wollen. Döhler betonte dann auch, daß er sich an die Knappschäftverwaltung, an das Bergamt und an das Oberbergamt gewandt habe. Man habe ihn aber von einer Stelle zur anderen verwiesen, alle diese Stellen wollten nicht zuständig sein. Unter diesen Umständen wäre es Pflicht der Verwaltung gewesen, die Angelegenheit dem Vorstande zur Beschlußfassung zu überweisen. Das ist nicht geschehen. Nach den einmündigen Feststellungen vor Gericht sollte sich Köhne doch hüten, anderen einen Vorwurf zu machen. Döhler hat alles getan, um seine Zulassung zu den Vergütungsarbeiten zu bewirken, die Beschebesitzer haben aber alles hintertrieben und Köhne ist ins Maul geschlagen. In diesen vor Gericht gemachten Feststellungen heißt keine Maus einen Faden ab. Die Veruche, die Schuld auf Döhler abzuwälzen, sind also sehr wenig angebracht. Weidmann begreift auch, daß der Minister das Recht habe, Anordnungen, wie die Befugnis zu treffen. Das Oberbergamt soll aufgefördert werden, Klarheit in diese Angelegenheit zu schaffen. Auch soll der Minister ersucht werden, mitzutheilen, wie er seine Anordnung gemeint habe. — Als ob die Anordnung des Ministers, Arbeitervertreter zu den Vergütungsarbeiten zuzuziehen, auch nur irgendwie zu Zweifeln Anlaß geben könnte! D. R. v. W. — Es bleibt nun abzuwarten, ob der Minister den Bergarbeitern die Zähne zeigen oder vor ihnen ebenfalls ins Maul geschlagen wird!

Auf eine schriftliche Anfrage, was die Verwaltung getan habe, um ihre Praxis mit der Entscheidung des Oberbergamts über das Ausschneiden aus der versicherungspflichtigen Beschäftigung in Einklang zu bringen, antwortete Direktor Köhne, daß eine Ausschließung des Allgemeinen Knappschäftverbandes am 17. November sich mit dieser Frage beschäftigen werde. Die Arbeitervertreter waren der Meinung, daß die Entscheidung des Schiedsgerichts maßgebend sein müßte und daß es einer Befragung der anderen Knappschäftvereine jedenfalls nicht bedürfe. Dann kamen zwei Briefe des Vizepräsidenten Jürgens, kamen, an die Verwaltung, welcher im Knappschäftkampf seitens des Gewerkschaftsvereins in einem Flugblatt veröffentlicht war. Die Verwaltung müßte zugeben, daß hier unkorrekt verfahren sei. Auch sei dem Vertrauensmann Becker (früher Gewerkschaftsleiter) aus Kamerun ein Verweis erteilt und im Wiederholungsfall die Entlassung in Aussicht gestellt. Auf die zweite schriftliche Anfrage, wie es komme, daß der Beschluß des Vorstandes in Sachen des Gottesdienstes in Vergütungsarbeiten vom 15. September 1910 schon anderen Tages in einer Reihe von bürgerlichen Zeitungen veröffentlicht sei, konnte oder wollte die Verwaltung keine Aufklärung geben. Unter Entscheidungen von Aufsichts- und Gerichtsbehörden wurde bekannt gegeben, daß der Verein in Sachen Bäumer vom Oberlandesgericht abgewiesen sei, er muß also an diesen die geforderten 70000 Mark zahlen. Ebenso sei der Bergmann Stanlowitz vom Reichsversicherungsamt abgeschrieben. Et war infolge der Behandlung auf Wurmkrankheit erkrankt und forderte die Unfallrente.

Dann wird bekannt gegeben, daß die Prüfung und Abnahme der Jahresrechnung durch den zuständigen Ausschuss erfolgt sei. Nennenswerte Beanstandungen seien nicht zu verzeichnen.

In 60 Fällen waren Einsprüche gegen die stattgefundenen Wahlen eingegangen. Die eingesehene Kommission schlägt vor, die Wahlen in den Sprengeln 6, 65, 88, 120, 129, 168, 228, 258, 356, 408, 10, 18, 28, 128, 156, 281, 242, 261, 289, 290, 298, 308, 324, 341, 345, 354, 359, 367, 417, 227, für gültig zu erklären. Der Vorstand stimmt dem zu. Die Wahlen in den Sprengeln 105, 121, 127, 133, 168, 172, 215, 216, 288, 48, 137, 202, 218, 220, 222, 228, 267, 285, 348, 349, 361, 410, wurden wegen Verstoßes gegen die Wahlordnung für ungültig erklärt. In einigen Sprengeln muß das Los entscheiden, in mehreren Sprengeln sollen noch Erhebungen angestellt werden. Die gewählten Kandidaten in den Sprengeln 148, 198, 200, 348, 418, sollen als bescholten betrachtet und demzufolge deren Stimmen für ungültig angesehen werden. Die Arbeitervertreter stimmen dagegen, weil die Vorstrafen teils unerheblich, und zudem 20 bis 30 Jahre zurückliegen. Nur in dem Sprengel 418 ernteten auch die Arbeitervertreter Bescholtenheit an. Der Vertreter des Oberbergamts erklärte, daß er diesen Beschl. betr. der Bescholtenheit inibirieren werde. Die Wahlen wurden auf den 30. Dezember 1910 gestellt, ebenso wurde die Teilung der Sprengel Benz, Breitenbach, Hohlstein, Piefke, Sanders, Wächter und Westraßl besprochen und als Wahltag ebenfalls der 30. Dezember 1910 bestimmt.

Der Sitzungsausschuss schlägt dem Vorstande weiter vor, die Dienstzeit bei der Schutztruppe, welche über die gesetzliche hinausgeht, nicht anzuerkennen, wohl aber nachträglich Feiergeld für diese Zeit anzuerkennen. Die Beschwerde über die Geschäftsführung des Vorstands wurde zurückgestellt. Die Abgrenzung der Bezirke der Spezialärzte wird mit einigen Veränderungen und mit dem Vorbehalt aufgeschoben, daß auch die Knappschaffämter trotz der Abgrenzung freie Wahl des Spezialarztes haben. Dies soll jeweils im Protokoll aufgenommen werden.

Unter Vorbehalt des Rechnungsausschusses wurde auch der Wirtschaftspl. für 1911 verhandelt. In der Sitzung des Rechnungsausschusses wurden seitens der Arbeitervertreter eine Reihe von Beanstandungen. Die Vertreter wünschten eine Erreichung mehrerer Ausgaben. Die Vertreter stimmten aber dagegen, und so war es den Arbeitervertretern unmöglich, auf den Etat irgendwelchen Einfluss ausüben zu können. Deshalb beantragten die Vertreter in der Vorstandssitzung, über jede Position besonders abzustimmen. Dieses sollte dem Vorwissen nicht recht gefallen und es glaubte die Vertreter dasin belehren zu sollen, daß Ausgaben, die durch Vorstandsbeschlüsse und Verträge festgelegt seien, unbedingt bewilligt werden müßten. Es wäre aber den Vertretern unbenommen, jede neu erscheinende Ausgabe abzulehnen. Der Vorsteher Jungesblut zog einen Vergleich zwischen dem Etat von 1909 und dem von 1911 und kam zu dem Resultat, daß die Verwaltungskosten sehr enorm gestiegen seien, und es sei daher wohl am Platze, mehr Sparsamkeit einzutreten zu lassen. So bezug nach dem Wirtschaftspl.:

	1909	1910	Steigerung in %
Zahl der Mitglieder . . . . .	200 000	350 000	75
Zahl der etatsmäßigen Beamten . . . . .	101	280	285
	Mt.	Mt.	
Gehalt der etatsmäßigen Beamten . . . . .	101 480	972 389	407
Wahlzuschuß der Beamten . . . . .	11 600	61 567	689,8
Gehalt der außeretatsmäßigen Beamten . . . . .	30 000	330 000	1000,0
	Summa 2330 080	1 413 958	506,8
Honorar der Ärzte . . . . .	562 900	1 690 000	182,5
Honorar der Spezialärzte . . . . .	71 000	490 000	590
	Summa 633 900	2 080 000	228,2

Das sind ganz außerordentliche Steigerungen, die zur Steigerung der Mitgliederzahlen in keinem Verhältnis stehen. Die unteren Beamten sind aber gewiß nicht zu hoch bezahlt, auch haben sie alle Sünden voll zu tun. Wo liegen aber die Ursachen dieser ganz abnormen Zahlen? Und woher kommt es, daß trotzdem die Klagen über zu langsame Erledigung der Geschäfte nicht verstummen, im Gegenteil, sich mehren? Das wir unter diesen Umständen, bei der außerordentlichen Steigerung der Beamtenstellen und damit der Verwaltungskosten, einer besseren Verrichtung der Beamten nicht zustimmen können, ist selbstverständlich.

Die Anregung des Vorsitzenden, das Gehalt des Oberarztes von 9000 auf 12 000 M. L. zu erhöhen, wurde abgelehnt.

Da der Abschluß der Baurechnungen noch nicht erfolgt ist, wird mit dem Bauinspektor Thierbach ein Vertrag mit vierjährlicher Kündigung ab 1. Januar 1911 abgeschlossen werden. Für die Zweigbüreaus und die Zahlbezirksbüreaus waren im ganzen 14 neue Assistentenstellen in Aussicht genommen, mit einem Anfordungsgehalt von 1500 Mt. Hier handelt es sich ebenfalls um neue Vertrauensmänner. Die Arbeitervertreter lehnten die Schaffung der neuen Stellen ab. Es waren Erfahrungswörter sowie Neuwahlen zu den einzelnen Geschäftsausschüssen erforderlich. Für den Ausschuss Bochum wurde gewählt an Stelle Fuest; Schulz, Werne, als ordentliches Mitglied; als Ersatzmann an Stelle Engelbrecht; Schwarz, Möhlhagen; als Ersatzmann bis 31. Dezember 1912: Konrad Dieb, Langendreer; für den Geschäftsausschuss Dortmund an Stelle Munsbeck; Schmidt, Großhölthausen, als ordentliches Mitglied und Linde, Dorffeld, als Ersatzmann für Oester. Für Westfalen an Stelle Bierentemper; Krämer, Günzigfeld, als ordentliches Mitglied; als Ersatzmann wurde Kartenberg wiedergewählt. Für den Ausschuss Herne wurde Benz an Stelle Werren, gewählt.

**Inhaltlicher Knappschaffverein.**

Zu Anfang des Jahres 1909 waren im Vereinsbezirk 17 Bergwerke und gewerbliche Anlagen im Betriebe, auf denen im Jahresdurchschnitt insgesamt 2 830 ständige und (1 477 männliche + 27 weibliche =) 1 504 unständige, zusammen 4 334 Mitglieder beschäftigt waren, das sind 14 ständige mehr und 322 unständige weniger als 1908.

Ferner gehörten noch zum Verein 4 inaktive und 170 feierige Mitglieder.

Insgesamt wurden im Berichtsjahre an laufenden Beiträgen (einschließlich der Beiträge zur Norddeutschen Knappschaffs-Pensionskasse) abgeliefert:

von den Mitgliedern . . . . .	267 928,63 Mt.
von den Werksbesitzern . . . . .	257 515,75 Mt.
	zusammen 525 444,38 Mt.

gegen 539 594,72 Mt. i. J. 1908, also 24 157,34 Mt. weniger.

An persönlichem Beitrag hat demnach im Durchschnitt jedes Mitglied 62,39 Mt. (1908 : 60,79 Mt.) gezahlt. Von diesen 62,39 Mt. entfallen auf die Knappschaffskasse 54,42 Mt. und auf die Norddeutsche Knappschaffs-Pensionskasse 7,97 Mt.

Die Norddeutsche Knappschaffs-Pensionskasse zu Halle a. S. übernahm für 22 Kranke Mitglieder in der Knappschaffskasse 500 000 Mt. das Teilverfahren und die Kosten von Wadepreisen für 15 Mitglieder.

Insgesamt wurden für Krankenpflege 158 734,44 Mt. ausbezahlt; von diesem Betrage kommen auf 1 Mitglied im Durchschnitt 38,40 Mt. (1908 : 34,98 Mt.)

Die Invaliden-, Witwen- und Waisen-Unterstützungen betragen zusammen 229 187,45 Mt., also 3 852,26 Mt. gegen 1908 mehr.

Das Vereinsvermögen hat sich gegen das Vorjahr um 105 377,68 Mt. vermindert und betrug am Schluß des Jahres 1909 unter Berücksichtigung des Kurserwerbs der Wertpapiere 2 033 094,27 Mt. oder auf 1 ständiges Mitglied am Jahreschluß berechnet 707,69 Mt. (1908 : 728,58 Mt.)

An die Norddeutsche Knappschaffs-Pensionskasse zu Halle a. S. wurden im Jahre 1909 an Beiträgen der Mitglieder und Werksbesitzer zusammen 65 840 Mt. (1908 : 70 195,06 Mt.) gezahlt. Das gemäß § 9 Absatz 3 des Statuts der Norddeutschen Knappschaffs-Pensionskasse diese gezahlte Krankengeld beträgt 2 353,10 Mt. (1908 : 2 674,70 Mt.)

An Unterstützungen für Rechnung genannter Kasse wurden gezahlt 21 Altersrenten, 542 Invalidenrenten, 4 Krankenrenten, 7 Beitragsentzählungen an Witwen, Waisen und Arzthonorare, insgesamt 104 852,80 Mt. (100 473,23 Mt.)

**Mißstände auf den Gruben.**

**Oberbergamtsbezirk Dortmund.**

Zeche Dammernbaum I. Das Kohlenfahren hat auch diese Zeche, wie so viele andere, in eigene Regie übernommen. Das geschieht nicht etwa aus Entgegenkommen zu den Arbeitern, sondern um eine Kontrolle zu haben, damit beiseite kein Bergmann einem andern armen

Teufel vielleicht einmal einen Wagen Kohlen, den er nicht selbst braucht, überlassen kann. Die Befestigung ist aber nicht immer eine pünktliche. So ist es schon vorgekommen, daß Arbeiter, die ihren Kohlenstein bezahlt hatten, acht Tage und länger auf die Kohlen warten mußten. Das ist jedenfalls nicht in der Ordnung. Abhilfe ist hier sehr am Platze.

Zeche Holland III/IV. Diese Zeche ist unter das Regime eines neuen Betriebsführers getreten. Da bekanntlich neue Wesen auf neuen Weisen, wollen wir den Herrn Betriebsführer Otto auf eine Reihe von Vorgehensweisen tieferempfundener Mithand hinweisen und deren Befestigung fordern. Bei der Seilfahrt am Schacht III werden auf jeder der niedrigen Etagen der Förderkörbe sechs Mann zumarmen gepfercht, die, ohne sich bewegen zu können, das gleich einem Sturzbad in den Schacht fallende Wasser über sich ergießen lassen müssen. Die durchdrännten Kleider trocknen in der Waschklaus nur schlecht, da diese an den Haken fest zusammengebunden werden müssen, damit sie nicht von benachbarten Haken losgelöst werden und so verloren gehen. Bei einigem gutem Willen können die Förderkörbe dicht gemacht und das Wasser abgeleitet werden. Auf dem Füllort der 6. Sohle herrscht während der Seilfahrt die größte Unordnung. In die dichtgedrängte Menschenmasse werden die Grubenpferde getrieben, die meistens zu spät abgespannt werden. Auch fehlt auf dieser Sohle ein Gezähmwagen sowohl wie eine Gezähkammer. Die Bergleute verbergen daher oft Gezähstücke an ihrem Körper, um zu vermeiden, bis nach beendeter Seilfahrt am Füllort auf das am Tage niedergelegte Gezäh warten zu müssen. Zu diesen verbotswidrigen Handlungen sind die Arbeiter geradezu gezwungen, wollen sie sich nicht der Gefahr aussetzen, wegen Vortretens der im Gange befindlichen Seilbahn bestraft zu werden. Die Seilbahn bleibt am Ende der Schicht so lange im Betrieb, daß es vielen Arbeitern unmöglich gemacht ist, mit dem richtigen Karze wieder aufzufahren. Wer größere Gezähstücke außerhalb der Seilfahrtszeit zu Tage schickt, muß sich diese oft zusammenzulegen, wenn sie nicht verloren gehen sollen. Eine lästige Unflut besteht in der Wohnarbeit, daß sämtliche Vons vom Betriebsführer oder dessen Stellvertreter unterschrieben werden müssen. Selbst Gezähstücke, die die Arbeiter bezahlet haben, kann man nur erlangen, wenn der betreffende Guttschein mit genannter Unterschrift versehen ist. Das schlimmste dieser Einrichtung ist, daß die Arbeiter oft bis eine halbe Stunde warten müssen, bis das Schalterfenster geöffnet wird. Es ist wahrlich kein Vergnügen, mit leerem Magen und abgerandeten Knochen solange warten zu müssen. Verschiedene Materialien fehlen oft tagelang, so z. B. Versagelstein und Grubenholz. Gerüst muß noch werden, daß eine große Anzahl Lampen nicht funktionieren. Wir erwarten, daß die hier genannten Missethände baldigt beseitigt werden; so wie von der Belegschaft Fleisch und Ordnung geordert werden, muß auch die Verwaltung zu solchen Dingen angehalten werden.

**Dannover, Braunschweig, Ossen-Sippe.**

Grube Esar bei Eseln. Auf diesem Werke werden die Arbeiter in einer Weise behandelt, die wir nicht gutheißen können. Ein älterer Arbeiter forderte vom Betriebsführer, daß die Wetterstrecke, welche zusammengefallen war, wieder hergestellt werde. Die Antwort auf dieses Verlangen war: Sie sind wohl verrückt, hier ist noch genügend Luft, bald ist es ja auch hier vorbei. Als sich der alte Arbeiter nicht auf dieser Ansicht beschränken wollte und ein Wortwechsel zwischen ihm und dem Beamten entstand, ist letzterer nach Angabe von Kameraden handgreiflich gegen den alten Vergarbeiter geworfen, indem er ihn gegen den Hohlbohrer stieß. Ein anderer Fall betraf einen Vergarbeiter, der von dem Beamten in der nähen Strecke Kaufbohnen haben wollte. Hier war die Antwort des Beamten: Kommen Sie nicht mit solchen Pantinen nach der Grube. Auch hier soll das Ende des Streikes eine Schauberei gewesen sein. Der dritte Fall, der am selben Tage passierte, betraf einen 14 bis 15 jährigen Jungen. Diese Jungen trugen Pfähle und Stempel heran. Bei dieser Arbeit sollen sie das Verbrechen begangen haben, auf die Pfähle etwas drauf geschrieben zu haben. Die Sibine war eine Dreizehn, welche der Betriebsführer ausstellte. Wir sind der Ansicht, daß es Aufgabe der Bergbehörde ist, dem Herrn Esar zu machen, was seines Amtes ist. Die Sucht nach Kohlen wird immer schlimmer. Der Betrieb soll ohne Unterbrechung Tag und Nacht gehen; damit das erreicht wird, ist eine Unfahrserei geschaffen worden in der Kampagne, daß die Bergleute sagen, sie müßten bald nicht, welche Schicht sie hätten. Einige fahren um 6, dann um 9, dann um 3 und um 8 Uhr abends. Nur Kohlen, Kohlen, Kohlen! Das ist das Bestreben eines Systems, das auf allen Schächten herrscht und für die Vergarbeiter die übelsten Folgen zeitigt.

**Oberbergamtsbezirk Breslau.**

Erbstollenkassch, I. Abteilung. Bekanntlich scheidet das Berggesetz vor, daß Sonntagschichten nur dann verfahren werden dürfen, wenn dieselben zur Aufrechterhaltung des Betriebes unbedingt notwendig sind. In dieser Abteilung werden jedoch gewöhnlichsmäßig alle Sonntagschichten eine Anzahl Leute zur Schicht bestellt, die dann die verschiedenen Arbeiten verrichten. Am 5. März ist es sogar schon vorgekommen, daß zur Sonntagschicht schon Kohle gemacht worden ist. Auch Streckenarbeiten, die durchaus nicht für Aufrechterhaltung des Betriebes erforderlich sind, werden fast alle Sonntage verrichtet. Ferner steht das Straßwesen hier in schöner Blüte. Alle Monate werden eine große Anzahl Leute wegen Fördern unreiner Kohlen bestraft. Auf Beschwerden der Arbeiter beim Abteilungsleiter erhalten dieselben nur die Antwort: Tröpfen Sie sich nur, nächsten Monat kommen die anderen dran. Es ist sogar schon vorgekommen, daß bestimmte Arbeiter schon den Monat vorher von dem Herrn Steiger zur Verstrafung für den nächsten Monat in Aussicht genommen worden sind, trotzdem derselbe doch noch gar nicht weiß, ob dieselben im nächsten Monat unreine Kohlen fördern. Die Arbeiter haben das Gefühl, daß sie abwechselnd bestraft werden. Ein weiterer großer Mithand sind die sogenannten Generalgebirge, die in dieser Abteilung ganz besonders herrschen. Die Arbeiter werden von den Aufsehern geradezu gezwungen, derartige arbeiterähnliche Gebirge zu übernehmen. Hoffentlich genügt dieser Hinweis, daß die bemängelten Zustände in Zukunft abgeschafft werden.

**Saarabiet und Reichslände.**

Grube Saar und Mosel bei Verlenbach. Die Belegschaft von Schacht V hat in ihrer letzten Versammlung den Arbeiterausschuss beauftragt, der Verwaltung die nachstehenden Wünsche und Verordnungen zu unterbreiten mit dem Ersuchen um möglichst baldige Erfüllung der Wünsche und Abstellung der Beschwerden. 1. Klage wurde darüber geführt, daß in fast allen Revieren zu wenig Schiefmeister angestellt sind, so daß diese die Schiefervorschriften entweder übertreten müssen oder ein Teil der Kameradschaften erhält nicht abgeschöpfen. Die Schiefmeister müßten von Ort zu Ort rennen, müßten abschießen, ohne vorher genügend prüfen zu können, ob das Ort auch weiterfrei ist und nicht selten würden anstehende Wetter erst mit der Jade vertrieben. Mit Rücksicht auf die Sicherheit des Betriebes und auch im Interesse der Kameradschaften ersucht die Belegschaft, mehr Schiefmeister anzustellen. 2. Ueber Mangel an Material — Holz, Schienen, Lutten, Kohre usw. — wurden aus allen Steigerrevieren Klagen geführt und müßten die Kameraden stundenlang im Bau herumlaufen, um sich das notwendige Material zusammenzulegen, wodurch die im Gebirge beschäftigten Arbeiter sehr geschädigt werden und keinen antwärtigen Lohn verdienen können. Da es keineswegs im Interesse der Verwaltung liegen kann, wenn Arbeiter stundenlang im Bau nach Material herumlaufen müssen, hofft die Belegschaft, daß hier sofort Abhilfe geschaffen wird. 3. Die Lohn- und Gebirgsfrage rief viele und lebhaft Klagen hervor. Es seien Arbeiten vorhanden, wo jeder keine 4 Mt. verdienen. Daher soll das Gebirge zu geregelt werden, daß die Kameraden im allgemeinen nicht unter 6,50 Mt. pro Schicht verdienen. Die Herren Obersteiger sollen verpflichtet werden, das Gebirge nach den gesetzlichen Bestimmungen mit den Kameradschaften abzugleichen und erst dann von den Kameraden zu verlangen, den Gebirgsgehalt zu unterschreiben, wenn vorher eine Vereinbarung zustande gekommen war. Heute werden die Kameraden gar nicht gefragt, ob sie mit dem vorgeschlagenen Gebirge einverstanden sind, sondern sie müssen unterschreiben oder erhalten die Abkehr. Bei einem derartigen Verhalten kann doch keine Rede mehr sein von einem „freien Arbeitsvertrag“ oder „freier Vereinbarung“ bei der Lohnfestsetzung. 4. Es herrscht in der Belegschaft allgemein die Meinung, daß wegen der unrein oder minder beladenen Fördergefäßen verhängten Strafen die gesetzliche Höchstgrenze von 5 Mt. monatlich weit übersteigen. Gelegentlich wird deshalb die Strafen im Hinblick auf die Unannehmlichkeiten, die jeder dieser Strafen am Monatschluß eine genaue Uebersicht darüber hat, weshalb die einzelnen Strafen verhängt wurden. Da nachweislich dort, wo das Gebirge höher steht und nicht geschossen zu werden braucht, keine Kosten geladen werden, soll der Versuch gemacht werden,

möglichst alle Kohlen mit der Gade zu gewinnen, anstatt zu schleichen. In schlechteren Fällen soll den Bergverhältnissen Rechnung getragen und zwischen dem Reviersteiger und den Vertrauensmännern eine Vereinbarung getroffen werden, wieviel Prozent Steine auf 10 bis 20 Wagen zugulassen sind. Den Belegkontrollen soll gestattet werden, den Kameraden durch Anschlag an der offiziellen Anschlagstafel bekannt zu machen, daß sie sich nach der Schicht über die von ihnen geförderten unreinen Wagen überzeugen können. 5. Brandkohlen sollen allen Arbeitern, die einen eigenen Haushalt haben, für 3 Mt. pro Wagen geliefert werden. 6. Schließlich wurde über das Gezähreiben lebhaft geredet, was man auf das teilweise und auch gängliche Fehlen von Gezähwagen zurückführt. Als ein großes Unrecht wurde die fehlende Revision des Gezähes durch die Herren Steiger bezeichnet. Finden die Herren bei einer Gezährevision bei einer Kameradschaft ein fremdes Stück Gezäh, wird die betreffende Kameradschaft bestraft, aber das Gezähstück erhält nicht die Kameradschaft oder der einzelne Kamerad, dem es gehört, sondern wandert ins Magazin der Grube, wird aber unbeschadet dessen als verloren gebucht und dem Kameraden vom Lohn abgehalten, auf dessen Nummer es eingetragen war.

**Aus dem Reize der Kameraden.**

**Oberbergamtsbezirk Dortmund.**

**Ein neuer Raddob-Standal!**

Am 26. Oktober fand ein Sicherheitsmann der Zeche Raddob bei einer Befahrung Hohlräume, die voller Schlagwetter standen!! Dieser Befund gelangte zu unserer Kenntnis in den Tagen, wo die Werkverwaltung und die Beamten der Zeche im Raddob-prozess sich eifrig bemühten, nachzuweisen, daß solch schlagwetterreiche Hohlräume auf Raddob nicht aufgefunden sind! Man kann sich denken, welche verbuhten Gesichter die Bechenherrschaften zogen, als der Sachverständige Hansmann auf die noch während der Projekttagung gefundenen Hohlräume hinwies. Die Bergbehörde untersuchte diesen Fall am 30. Oktober unter Zuziehung der Kameradschaft, die vor der fraglichen Arbeit beschäftigt war. Der Bergverbeamte Sollender erklärte den Leuten nun folgendes:

„Was Sie hier sagen, muß aber genau der Wahrheit entsprechen. Sie brauchen nicht zu fürchten, daß Ihnen das Geringste passiert. Sie werden auch in Ihrem Arbeitsverhältnis weder gedrückt noch geschädigt, dafür stehe ich mit meiner Person ein.“

So Herr Sollender und die Zeugen sagten aus. Einer von der Kameradschaft hatte am 15. Oktober gekündigt.

Am 15. November ist nun den übrigen vier Hauern seitens der Zeche gekündigt worden!!! Das war die Nachricht, die die Zeche dafür, daß die Kameradschaft dem Sicherheitsmann mitgeteilt hatte, wo die Hohlräume waren! Eine andere Erklärung gibt es für die Entlassung nicht, weil ja schon früher die Zeche Raddob Zeugen aufs Straßpflaster warf, die sich erdreisteten, bei eiblichen Aussagen für die Wahrheit einzustehen!! Ein solcher Skandal schreit zum Himmel! Wer von den Vergarbeitern wird noch vor die zuständige Behörde ohne Befangenheit treten können, wenn Maßregelungen die Folgen sind? Im Uebrigen werden wir noch in einem besonderen Kapitel darauf zurückkommen, wie die Werkbesitzer die Sicherheitsmänner und Arbeiter behandeln, sobald diese ernstlich an der Befestigung der Gefahren arbeiten. So geht es im Ruhrbecken nicht mehr weiter! Was aber sagt die Regierung und die Bergbehörde zu diesen Maßregelungen? Soll auf diesem Wege das Sicherheitsmännergesetz zur „weißen Salbe“ gemacht werden? Wie es scheint, ist es so!

**Kardinal Fischer über den Zweck der christlichen Gewerkschaften.**

Während seiner Anwesenheit in Rom hat der Kardinal Fischer dem Vertreter der Zeitung „Memento“ eine Unterredung gewährt und ihm folgendes gesagt:

„Die christlichen Gewerkschaften entstanden zur Bekämpfung der Sozialdemokratie!“

Damit ist erneut bewiesen, daß die christlichen Gewerkschaften in der Tat zur Zerspaltung der Arbeiterbewegung ins Leben gerufen worden sind. Wenn sie diese Aufgabe nicht in dem Maße lösen, wie das die Gründer der christlichen Gewerkschaftsbewegung gewünscht haben, so liegt das gewiß nicht an dem guten Willen der „Christen“. Bemüht, die Zerspaltung bis zur Ohnmacht der deutschen Gewerkschaftsbewegung zu betreiben, haben sie sich genug.

**Eine interessante Belegschaftsversammlung.**

Bekannt ist, wie der Direktor der Zeche Königgrube, Möhlhagen, in letzter Zeit sich in die Organisationsverhältnisse seiner Belegschaft hineingemischt hat. Der Herr führt seit einigen Monaten ein wütendes Kampfe gegen den Vergarbeiterverband, drängt sich, um dem Verband Mitglieder abzutreiben, an jeden heran, der im Verdacht steht, Verbandsmitglied zu sein. An Rücksichtslosigkeit grenzt es, wie der Herr auch in die Wohnungen der Koloniewohner eindringt, immer zu dem Zweck, dem Vergarbeiterverband den Garaus zu machen. Daß der Direktor dabei mit Mitteln operiert, deren sich ein anständiger Mensch nicht bedienen sollte, ist selbstverständlich. Ebenso selbstverständlich ist es für den Herrn, daß er Verbandsfunktionären das Betreten der Kolonie untersagt. Dabon zeugen folgende beiden Schreiben des Direktors Bonader an die Verbandsfunktionäre:

„Poststation Möhlhagen, den 17. Oktober 1910.  
Herrn Bergmann R. R.  
Wir verbieten Ihnen hiermit das Betreten unserer Kolonie, sowie unserer sämtlichen Zeugengruben. Falls Sie diesem Verbot zuwiderhandeln sollten, werden wir das strafrechtliche Verfahren gegen Sie einleiten.  
Glück-Auf!  
Magdeburger Bergwerks-Aktiengesellschaft  
Bonader. Schmidt.“

Ein anderes Schreiben lautet:  
„Poststation Möhlhagen, den 5. November 1910.  
Herrn G. . . . R. . . .  
Möhlhagen, Roonstraße 28  
Wir verbieten Ihnen und Ihren Familienangehörigen hiermit das Betreten unserer Kolonie sowie unserer sämtlichen Zeugengruben zum Zwecke Verteilung sozialdemokratischer Zeitungen, Flugblätter und sonstiger Schriften. Falls Sie bzw. Ihre Familienangehörigen diesem Verbot zuwiderhandeln sollten, werden wir das strafrechtliche Verfahren gegen Sie einleiten.  
Glück-Auf!  
Magdeburger Bergwerks-Aktiengesellschaft  
Bonader. Schmidt.“

Auch bei den letzten Knappschaffswahlen wußte sich der Direktor bemerkbar zu machen. Hier war er ein eifriger Förderer der Sammlungsliste gegen den Vergarbeiterverband und erlebte die Genugtuung, daß er den Gewerbeverein in der Gewerbeverein christlicher Vergarbeiter und den national-liberalen Parteiverein vor den Sammlungskarten spannen konnte. Als freiwillige Gegenleistung bemüht sich der Grubendirektor gegen den Ver-

hand und für die vorhin genannten Organisationen Propaganda zu machen, was für die letzteren vom gewerkschaftlichen Standpunkt nur beschränkt sein kann.

Verbänder werden gemahregelt, aus der Arbeit geworfen, die „Fische“ und „Christen“ protegiert und für die Zechenwerke und -Betriebe ausgenutzt. Erleben wir doch, wie der christlich-nationale Arbeiterausschuss zu Veröffentlichungen von Eingekandts in der Presse neuzugewandt, um Grubenmischstände zu beschreiben und veröffentlichen zu lassen! Und was das schlimmste ist, der Arbeiterausschuss lässt sich dazu gebrauchen, macht der Öffentlichkeit nach weiß, als ob er aus freiem Ermessen gehandelt habe!

Was allem die Krone aber aufsetzt, ist, daß die Zentrumsorgane und die national-liberale Koalition Herrn Bonader in dem Bestreben, seinen Arbeitern das Koalitionsrecht zu verweigern, Hülfelei zur Seite springt, den Terrorismus gegen die Verbänder gutheißt. Die Eingekandts und sonstige Veröffentlichungen dieser Sorte Presse sind Dokumente der Schande, sind ein Beweis dafür, wie in Wirklichkeit jede energische Arbeitervertretung von ihnen gesekt wird.

Wie haben schon früher mitgeteilt, welcher Art die Hilfe ist, die die Presse Herrn Bonader leistet. So wurde geschrieben, daß „Christen unflätigen Inhalts“ in der Kolonie der Zeche Königsgrube verbreitet wurden! Mit diesen Schreibern sind die Bergarbeiter-Ztg., das Bochumer „Wolfsblatt“ und die Flugblätter des Bergarbeiterverbandes gemeint! Diese Schreibern sollen „jedem Sittlichkeitsgefühl dieohn sprechen!“ Mein Wunder, daß die Werkleitung auf diese „elenden Frechheitsgalle“ aufmerksam gemacht wurde. Es heißt dann weiter, daß „billigend anerkannt werden muß, daß die Direktion sofort eingriff und die Bewohner der Kolonienhäuser erufft auf die Gemeinheit der Pamphlete hinwies und die weitere Benutzung der Wohnung die Entzerrung dieser Mischwerke zur Bedingung stellte! Dies scheint den Schmutzstinken arg in die Krone gefahren zu sein, denn Samstag sowohl wie Montag abend wurden Flugblätter an besagter Kolonie verteilt, die in gemeinsten Weise die Direktion der Zeche angriffen.“ So die Zentrumsorgane, die nach Toleranz für sich die Finger trumm schreiben und die nicht genug jammen können, wenn gegen sie und die Zentrumsverbänder der Zechenterrorismus ausgeübt wird. Im übrigen paßt die dargelegte zentriale Herzensmeinung auf die zentriale Dehise „Für Wahrheit, Freiheit und Recht“ wie die Faust aufs Auge. Die fromme Presse kann nur willkürlich atmen, wenn ihre mittelalterliche Scheiterhaufenlust in der Nase libelt. Somit würde sie sich schämen, den Zechenterroristen in solch unverschämter und infamer Weise gegen die für ihre Heberzeugung und für berechtigte Forderungen kämpfenden Arbeiter heizuspringen. Psst! Psst!

Am gegen den Zechenterror und gegen die infamen Beschimpfungen der gesenzeichneten Zeitungen Stellung zu nehmen, hatte der Bergarbeiterverband für den Freitag eine Belegschaftsversammlung einberufen. Der große Saalmannsche Saal war vollgepfropft von Menschen. Eine große Anzahl Beamten der Zeche Königsgrube war anwesend und was bemerkenswert ist, auch eine Sprengkolonne unter Führung des Förderaufsehers Gebauer und des christlichen Gewerkschafters Armbröst, die sich eingefunden.

Kaum hatte der Einberufer die Versammlung eröffnet, als Herr Gebauer das Wort erbat und unter höchsterhehlicher Begeisterung und Hülfe-trampeln seiner Kohorte darlegte, daß der Arbeiterausschuss die Zeitung der Versammlung übernehmen sollte, während die Verbänder sich zu entziehen hätten. Dann fing Gebauer an, die Zeche reinzuwaschen. Ihm wurde aber bedeutet, daß später zu tun und sich zunächst anständig zu verhalten. Das war aber zu viel von dem Herrn verlangt, der doch mit seiner Kolonne „seiner Aufsicht“ erfüllen, d. h. die Versammlung sprengen sollte. Der anwesende Polizeibeamte rannte spornstreichs nach der Saaltüre, jedenfalls um die draußen postierten drei Gensarmen zu holen. Inzwischen hatte Kamerad Köpfer den Vorsitz übernommen und den noch immer ständertierenden Herrn Gebauer unter Heiterkeit des größten Teils der Versammelten und unter Verhüllung der christlich-nationalen Sprengkolonne zur Saaltüre hinausgeführt. Gebauer forderte seine Sprengkolonne auf, mit ihm den Saal zu verlassen, aber da war schon so viel Scham erwacht, daß der genannte Herr sich allein vor der Türe setzen mußte.

Das Referat hatte Kamerad Polorny übernommen, der in längerer Rede unter hümmlichen Beifallsunterbrechungen die moralische Abschlagung der Sprengkolonne und des Systems Bonader vornahm. Als unter Kamerad der Kolonne am Schluß seiner Rede zurück, ob sie sich nicht vor ihren eigenen Kindern schämen, sich gegen deren Interessen und die Interessen ihrer Arbeitsbrüder zu verhalten, da drang manchem in Wirklichkeit vor Scham das Blut ins Gesicht! Wie Verbänder, gebudt und das Gesicht gerötet, hielten diese „Auserlesenen“ während der Ausführungen da, nur einige Steiger und der national-liberale Vertrauensmann lachten hin und wieder anfänglich in ihrer Verlegenheit vor sich hin, bis auch ihnen schließlich das Schen berging.

Polorny legte dar, welche Klagen über Königsgrube laut geworden sind und wie sich die Arbeiterpresse dazu verhalten habe. Wenn es wahr ist, daß die Arbeiterpresse unflätig und unflätlich handle, wenn sie im Interesse der Bergarbeiter Grubenmischstände zu besichtigen wünsche, dann werde diese „Unflätigkeit“ Pflicht für jeden ehrlich denkenden Menschen! Mit Recht habe das Verbandsflugblatt darauf hingewiesen, daß der Direktor Bonader sich weniger um die Verbändergütigkeit seiner Arbeiter, sondern um die Befestigung der Mischstände auf seiner Zeche kümmere. Diese machten sich sehr unliebsam bemerkbar und hätten zur Folge, daß der Belegschaftswechsel, die Kranzengiffer usw. sehr verzögert werden.

So heißt es im Verbandsflugblatt:

„Die durchschnittliche Belegschafft betrug auf Königsgrube in den letzten drei Jahren 1705 Mann. Der Zugang betrug durchschnittlich in dieser Zeit 1270 und der Abgang 1198 Mann. Diese Zahlen besagen, daß sich auf 100 Mann Belegschafft ein Gesamtverlust von 11% Prozent auf Königsgrube in den letzten drei Jahren vollzog. Der Gesamtverlust im Gelsenkirchener Bergrevier betrug 106% Prozent. Königsgrube steht also mit 38 Prozent über dem Durchschnittswert im Gelsenkirchener Bergrevier. Von einer jährlichen Belegschafft kann also nicht geredet werden, wohl aber kann man Königsgrube als Laubenschlag bezeichnen. Wäre es für Herrn Bonader nun nicht besser, sich um die Ursachen zu kümmern, die den starken Belegschäftswechsel herbeiführen? Gewiß müßte sich Herr Bonader dadurch die Achtung der Belegschafft viel mehr erwerben, als wie wenn er in die Kolonie auf die Jagd nach Mitgliedern des Bergarbeiterverbandes geht.“

So wie Königsgrube mit dem Belegschäftswechsel über dem Durchschnitt liegt, so steht sie auch mit der Kranzengiffer über dem Durchschnitt. So feierten auf Königsgrube im Jahre 1907 von 1663 Belegschäftsmitgliedern 1288 Kranz. Im Jahre 1908 waren es von 1765 Mann Belegschafft 1254, welche Kranz feierten, und 1909 von 1723 Mann Belegschafft 1160 Kranz feiernde. Auch mit diesen Zahlen steht Königsgrube weit über dem Durchschnitt im Gelsenkirchener Revier. Herr Direktor Bonader, wäre es nicht eine viel edlere Tat, die Ursachen zu ergründen, die zu dieser hohen Kranzengiffer führen, und was Abhilfe schaffen?“

Das Flugblatt geht dann auf die Arbeit der Bergarbeiter-Zeitung ein und charakterisiert das Salzminen. In der Zeit vom 1. März bis 31. August 1909 wurden 437 Mt. Steinen über die Arbeiter verhängt. Arbeiter werden vielfach sehr schämen behandelt. Durch Unterlassungshandeln der Zeche sei manchen Arbeitern an Lohnungen der Löhne geschahen worden. Ferner geht das Flugblatt auf die Schandaktionen ein, denen gegenüber niedrige Gewinne händen. Die Dividenden betragen 1906 und 1907 38 Prozent, 1908 36 Prozent und 1909 33% Prozent, trotz der Krise. Ferner wendet sich das Flugblatt gegen die Beschuldigung der Arbeiter in den Kolonien.

In doch Herr Bonader bis in das Schlafzimmer einer Wöchnerin eingedrungen, um gegen den Verband zu wüten!!!

Dann stellt das Flugblatt fest, daß Herr Bonader für die christlich-nationalen Verbände die Agitation betreibt, wie der Herr für diese Agitation die Steiger in den der Zeche benutzt, um auf ausländische Arbeiter einzuwirken usw. Alles das sind Dinge, die wahr und kaum zu bezweifeln sind. Nicht nur gegen den Verband wüten die Herr Bonader, auch Bürger der Gemeinde fühlen, was es heißt, Herrn Bonader nicht zu Dienen zu stehen. Der Herr Bonader lehrt die Zuspelungen des Flugblatts und ging mit auf das Eingekandts des Arbeiterausschusses in der Presse näher ein. Das Eingekandts ist ein Dokumenten dafür, wozu sich Arbeiterverbänder in der Zeche gebrauchen lassen müssen. Das Maß-

„Mühlingshausen, 12. Nov. 1910. Der Arbeiterausschuss der Zeche Königsgrube bittet um Aufnahme folgender Zuschrift: Acht drastisch kam die Agitationsweise des alten Verbandes durch ein hier verbreitetes Flugblatt zum Ausdruck. Darin wurden nicht nur die Zustände auf der Zeche Königsgrube aufs schärfste kritisiert, sondern auch der Leiter der Zeche, Herr Direktor Bonader, aufs grösste angegriffen. Nachdem der alte Verband sich mit aller Macht an den Sicherheitsmännern beteiligt und dadurch die Zweckmäßigkeit des Sicherheitsmännersystems sowie der Arbeiterausschüsse dokumentiert hatte, hätte man annehmen sollen, daß er beim die Belegschäftsmitglieder, welche dem alten Verbande angehören, sich nun doch auch stets in erster Linie an die rechtlichen Vertreter der Arbeiter, den Arbeiterausschuss wenden müßten. Dieses hohen die Verbänder jedoch nicht getan. Selbst von einem anderen Agitationsmittel, nämlich einer Belegschafftversammlung, scheinen die Herren Genossen sich hier ebenfalls nicht verprochen zu haben. Und das wohl aus guten Gründen. Denn bei den Sicherheitsmännern erlitten die Verbänder auf Königsgrube sowie auch auf Pluto eine geradezu blamable Niederlage. Weiß nun also der Arbeiterausschuss auf Königsgrube aus Nichtsozialdemokraten besteht, bringt man nun wahre Klagen zu Papier und verbreitet dann solche Flugblätter in der Gemeinde. Der Arbeiterausschuss sowie auch viele national denkende Arbeiter der Zeche Königsgrube schülten sich deshalb verstimmt, gegen dies Gebahren des alten Verbandes energisch Front zu machen. In einer am Mittwoch, den 1. d. M., abgehaltenen Sitzung des Arbeiterausschusses, welche dieser ohne Zugelassen von Beamten beim Gastwirt Kreier anberaunt hatte, und zu welcher ebenfalls zahlreiche Belegschäftsmitglieder erschienen waren, wurden die in dem vom alten Verband verbreiteten Flugblatt aufgeführten Behauptungen einstimmig als grobe Verleumdungen und als völlig unwahrhaftig erklärt. So wird der Belegschäftswechsel auf Königsgrube als sehr hoch, die Zeche im besagten Flugblatt als ein Laubenschlag bezeichnet. Weiter werden die Zustände in gesundheitlicher Beziehung als Kranheitsförderer genannt, die Zahl der Krankheitsfälle sei bedeutend höher als auf anderen Zechen. Auch über die Löhne wird in demselben Flugblatt sehr geflagt. Der beste Gegenbeweis ist das seitens der Zechenverwaltung dem Arbeiterausschuss vorgelegte statistische Material, welches auch bei nächster Gelegenheit dem Gericht vorgelegt wird. Darnach betrug der Durchschnittslohn auf Königsgrube 1908: 5,22 Mark, 1909: 4,82 Mark, 1910: 4,85 Mark. Der Durchschnittslohn auf 83 Zechen der Umgebung betrug in denselben Jahren 5,08 Mark, 4,71 und 4,72. Auf 100 Mann der Belegschafft feierten auf den anderen 25 Zechen 1908: 81, 1909: 85; die Statistik für 1910 fehlt bei den anderen Zechen. Auf Königsgrube feierten dagegen 100 Mann 1908: 71, 1909: 67 und 1910: 40 Mann. Verleht wurden auf Königsgrube bei einer Belegschafft von durchschnittlich 1735 Mann, nämlich 1908: 2, 1909: 2 und 1910: 1 Mann; früher verleht 1908: 19, 1909: 8, 1910: 8 Mann; 1910: 13 Mann aber auf je 100 Mann 1908: 5,8, 1909: 2,4, 1910: 1 Verlehter insgesamt. Ferner betrug der Belegschäftswechsel auf Königsgrube 1908: 140 Prozent, 1909: 124 Prozent, dagegen auf 25 anderen Zechen durchschnittlich 1908: 177 und 1909: 157 Prozent. Die Strafen fielen von 5,87 im Jahre 1908 auf 5,06 Mark im Jahre 1909 und für 1910 beträgt der Durchschnittsatz der Strafen 4,05 Mark pro Kopf. Selbstverständlich fielen auch die Unterstellungen mit dem Sinken der Strafzahl. Das sind Zahlen, die jedenfalls der Verwaltung der Zeche Königsgrube zur Ehre gereichen und die auch in bezug auf die sonstigen Zustände den besten Gegenbeweis darstellen. Wenn es dann weiter in dem Flugblatt heißt: Die Strecken sind in einem schlechten Zustande, die Schienen kann man in den Bremsbergen kaum sehen, die Wagen fallen dazwischen, die Arbeit wird deshalb einem geradezu zur Last, ja muß jeder Bergmann über so alberne Behauptungen lachen (!!!). Ferner werden in dem Flugblatt die in der bereits schon vor zwei Jahren abgetroffenen Waisklaus gegebenenen Kleiderkosten einer Kritik unterzogen. Wenn der Unterzeichner des Flugblattes, Herr Köpfer, sich besser informiert hätte, dann hätte er wohl gewußt, daß in der alten Klaus deshalb Klatten statt Fellen vorhanden waren, weil dieses die Arbeiter selbst gewünscht hatten. Die Verwaltung war damals also nur den Wünschen der Arbeiter entgegengekommen. Uebrigens scheint es bei den Herren Genossen mit dem Zusammenhänge der Mischstände recht schlecht bestellt gewesen zu sein, weil sie Sachen vorbringen, wie von der alten Waisklaus, die schon seit zwei Jahren abgetroffen ist. Was die Kritikierung über die Nichtbefolgung der bezuglichen Vorschriften anbelangt, aber daß verschiedene Reviere total verlottert sein sollen, so wird darüber wohl die Bergbehörde in sachmännisches Urteil abzugeben Gelegenheit haben und zugleich hoffentlich beweisen, daß die Zustände auf Königsgrube eher besser als schlechter wie auf anderen Zechen sind. Ferner wird es von den Arbeitern eher als Vorteil, denn als Uebelstand empfunden, wenn auf Königsgrube auch Frauen den Lohn abgeben können. Dann wird weiter scharf kritisiert, daß Herr Direktor Bonader kein Freund vom alten Verband sei. Nach dem Auftreten des alten Verbandes den Zechenverwaltungen gegenüber zu urteilen, soll sich wohl kein Leiter einer Zeche im ganzen Berggebiet finden, der mit dem alten Verband Freundschaft geschlossen hätte. Ebenso ist es ein erfundenes Märchen, daß Herr Direktor Bonader Kompromisse zwischen Christlichen und kirchlich-Dungelnden geschmiebt hätte. Wahr ist dagegen, daß Herr Direktor Bonader dem Arbeiterausschuss gleich in der ersten Sitzung erklärt hat, daß er nach Möglichkeit beabsichtigt sei, den Wünschen der Arbeiter entgegen zu kommen, und daß die Ausschussmitglieder auch ihrerseits bemüht sein sollen, das gute Einvernehmen zwischen Verwaltung und den Arbeitern zu pflegen. Den Unterhändlern scheinen die Sicherheitsmänner- und die Knappschäftsmitglieder in Mühlingshausen doch auf den Verben zu liegen, daher sind auch die schmutzigen Flugblätter zu erklären. Jedenfalls wird die Agitationsweise des alten Verbandes dazu beitragen, daß alle christlichen und nationalen Arbeiter in Mühlingshausen bei jeder Gelegenheit feier denn je zusammenkehren. Der Arbeiterausschuss der Zeche Königsgrube: Walbert Wietkowiak, Paul Schm, Peter Bohn, Albert Busch, Wilhelm Schlotmann.“

So weit das Eingekandts. Die Ziffern, die unser Flugblatt veröffentlichte, finden ihre Bekätigung durch das Eingekandts. Sie sind ja derselben Quelle entnommen, wie das Werkmaterial. Nur hat man sich von den 165 Worten des Uhrbedens eine Anzahl Zechen herausgeholt, wo es noch schlimmer in dieser oder jener Frage wie auf Königsgrube stehen soll. Eine sonderbare Taktik, Mischstände verkleinern zu wollen! Wenn aber die Zahlen zur Ehre der Zeche Königsgrube gereichen sollen, dann hat man damit nur den Grundhauf aufgestellt: Je schlechter es mit den Mischständen und Arbeiterverhältnissen steht, um so mehr ehrt das die Zeche!!! Ein netter Arbeiterausschuss, der solch trübselige Zustände, wie sie sich in den Zahlen ausdrücken, noch beschönigen läßt. Das steht genau auf derselben Höhe als die Stelle, wo es heißt, daß die Vergleiche lachten über den Inhalt des Flugblattes, wo kritisiert wird, daß sie sich in den schlechten Strecken und Bremsbergen abquälen müssen. Als Sohn wird noch zugefügt, daß doch die Bergbehörde die Belegschafft auf der Zeche besser kennen müßte als die Arbeiter. Das alles wollen wir hier tiefer hängen, damit unsere Kameraden ersehen, wofür die Arbeiterausschüsse heute benutzt werden. Die herbe Kritik, die der Referent diesem Arbeiterausschuss zuteil werden ließ, war vollst. Die Leute haben sich mit ihrem Eingekandts selbst beschimpft. Von den Unterhändlern sind zwei „Christliche“, zwei kirchlich-Dungelner und ein Pökel!!! Man konnte also gespannt sein, was die Vertreter dieser Organisationen, die in der Versammlung anwesend waren, zu sagen hatten.

Als erster Diskussionsredner nahm der christliche Agitator am Erie Armbröst das Wort. Er erklärte, auf das Referat wie auf die Verhältnisse auf der Zeche Königsgrube nicht eingehen zu wollen!!! Er betraute die Versammlung als eine Agitationsversammlung für den Verband. In einer Stelle habe der Referent auch den Gewerksverein genannt. Dieser sei nötig, um die christliche Bekämpfung aufrecht zu erhalten.

Polorny forderte Armbröst auf, sich über das Eingekandts auszulassen, das sei besser, als nebenher zu tanzen. Er solle klipp und klar Antwort geben, ob er den Inhalt des Eingekandts gutheißt oder nicht. Die Versammelten rufen: Antwort, Antwort! Aber Armbröst tritt ab, ohne auch nur ein Wort zu dem Eingekandts zu sagen!

Köfpler konstatiert, daß Armbröst zu den Kandidaten für die Herr Bonader so warm eingetreten sei, darum halte Armbröst heute den Mund!

Als zweiter Diskussionsredner meldet sich der Beamte des Gewerksvereins Brylla zum Wort. Er erklärte, sich weder für noch gegen die Zeche auszusprechen zu wollen (!), das sei im Referat eingehend geschehen. Er beurteile aber, daß als Einberufer dieser Versammlung auf dem Handzettel der Arbeiterausschuss genannt werde (Köfpler unterbricht Brylla und erklärt, das sei aus Versehen in der Truderei geschehen; die Handzettel seien bis auf ein paar Exemplare nicht zur Verteilung gelangt, sondern anders, was die Versammlung befehlen könne. Zustimmung). Brylla sagt, daß er genau wisse, wer der Veranlasser dieser Unterschriften auf dem Handzettel sei, es ist der vom Verband gewählte Sicherheitsmann auf Königsgrube. (Rufe: Denunziation, Gemeinheit!) Polorny zu Brylla: Wie kommen Sie als Arbeiterführer dazu, diese Denunziation zu begehen? Sie wollen wohl mitteilen, den Sicherheitsmann außer Arbeit und Brot zu bringen! Brylla: Das ist doch keine Denunziation, denn der Sicherheitsmann kann laut Gesetz doch nicht entlassen werden! (Rufe: Sie sind ja ein netter Kenner des Gesetzes! Heiterkeit und Lurche.) Brylla wird von Denunziation nur die Rede sein soll, dann habe ich nicht mehr getan, als was der Bezirksleiter Bartels vom Verbande getan hat, der mir aus der Arbeit geholt hat. (Rufe: Lügen Sie doch nicht!) Ja, es ist wahr! (Selbstverständlich hat Brylla die Unwahrheit gesagt. Bartels teilte uns mit, daß er nicht wisse, warum Brylla entlassen worden sei!) Bartels weise mit Entrüstung diese Behauptung Bryllas als völlig aus den Fingern gesogen zurück. Auf die Frage in der Versammlung, Brylla solle für seine lächerliche Behauptung Beweise herbeibringen, schüch sich dieser Arbeiterführer aus.) Brylla, fortsetzend: Wenn Köfpler behauptet, daß die Zeche den Gewerksverein S. D. unterstützt habe, so erkläre er ihn für einen gemeinen Lügner und Verleumder!!! Verleumden Sie mich, ich werde das beweisen! Der Gewerksverein habe mit dem Eingekandts nichts zu tun,

die Veröffentlichung des Eingekandts sei den Ausschussmitgliedern aufgezwungen worden, wogegen der Gewerksverein protestiere!!!

Köfpler habe schon einmal unter falscher Flagge in Gelsenkirchener eine Versammlung einberufen, ebenso sei er als Lügner von dem christlichen Gewerksvereinsmitglied Eisenmenger, Herne, genannt worden, ohne daß Köfpler diesen Mann verlagte habe. (Unruhe.)

Köfpler weist nun nach, wie das Kompromiß mit Hilfe der Zeche zustande gekommen ist. Wenn behauptet wird, der Gewerksverein sei an dem Kompromiß nicht beteiligt, so sei nur festzustellen, daß er hier in Sprengeln, wo er Mitglied habe, keine Kandidaten aufgestellt hat, dafür habe er die übrigen christlich-nationalen Kandidaten unterstützt, wofür den „Fischen“ in dem ihnen zugeteilten Sprengel wieder die Unterstützung der Verbündeten zuteil wurde. Herr Bonader habe unter Weisung der Beamten für die Fische ebenso eine Range gebrochen, wie für die übrigen. Wenn das unwahr ist, dann mögen die anwesenden Beamten behaupten, daß Herr Bonader diese Agitationsrede für die Fische, die in dem Kompromiß eingezogen waren, nicht gehalten hat. Der Koloniewart hat ja noch die ausländischen Bergarbeiter zu dieser Versammlung in der Steigerlube heranziehen müssen. Die Steiger rufen: Das war keine Versammlung! Köfpler: Kennen Sie es wie Sie wollen, also eine Besprechung um den Tisch, wo Sie gewiß oftmals genug abgefeilt werden. Zurufe der Beamten: Sie sind doch als Bergarbeiter auch abgefeilt worden! Köfpler: Wenn das noch nicht genügt, dann verweise ich auf den Artikel, den der hier im Saale anwesende national-liberale Agitator Bruud in der „Gelsenkirchener Allgemeinen Zeitung“ geschrieben hat. In Nr. 197 vom 24. August wird da Bericht erstattet über eine Versammlung des Nationalen Volksvereins, dessen Vorsitzender Bruud ist. Dort wird das Kompromiß ja offen zugegeben, Herr Brylla! Was gibt es da noch abzutreiben?

(In dem Bericht heißt es nämlich: Sodann wurden die demnächst stattfindenden Knappschäftsältestenwahlen erörtert. Der Vorsitzende erstattete Bericht über die Verhandlungen, welche zwischen den einzelnen Vereinen und Organisationen in dieser Sache gepflogen waren. Demnach ist hier (Mühlingshausen) zwischen den nationalen Gewerkschaften und Vereinen folgende Vereinbarung getroffen: Der christliche Gewerksverein stellt seine Kandidaten im Sprengel des jetzigen Veltessen Meier, und zwar wieder Meier und Armbröst auf, der kirchlich-nationale Gewerksverein stellt die Kandidaten im Sprengel Schwarz auf, und zwar sind es die Kameraden Sondermann und Schlapp. Der Sprengel des jetzigen Veltessen Fischer ist den evangelischen Arbeitervereinen überlassen und diese stellen hier die beiden ersten Vorsitzenden des evangelischen und des ostpreussischen evangelischen Arbeitervereins Fischer und Kaminski auf. Dies Kompromiß wurde einstimmig gutgeheißen und es wurde von allen Rednern betont, daß es nun Pflicht aller nationalen und christlichen, evangelischen wie katholischen Knappschäftsältester sei, für diese Kandidaten einzutreten!)

Dann stellt Köfpler fest, daß Brylla sich längst berechnigte Berichte der Presse zu eigen mache, um ihn, Köfpler, zu verächtigen. Daß in Gelsenkirchen unter falscher Flagge eine Verbandsversammlung stattgefunden habe, ist unwahr! Der Wirt, der das behauptet habe, habe diese Behauptung in einem Eingekandts selbst als Notlüge bezeichnet! Herr Eisenmenger habe ihn, Köfpler, Lügner geheißen, weil er behauptet habe, daß der Knappschäftsälteste Quack sich nicht als Oberältester gemeldet habe. Eisenmenger habe aber die Unwahrheit behauptet. Köfpler stellt fest, daß er aber schon damals geschrieben habe: Wenn Eisenmenger einen Lügner und Verleumder sehen wolle, dann solle er sich selbst vor den Spiegel stellen! Die Knappschäftsverwaltung hat dann selbst in der Sache befestigt, daß Eisenmenger gelogen habe! Brylla werde er Gelegenheit geben, sein Verhalten vor Gericht zu rechtfertigen. Die Versammlung begleitete diese Ausführungen mit lebhaften Entrüstungsrufen gegen die Art und Weise, wie Brylla auftrat. Dann nahm das Wort Bruud, der sich gleichfalls mit dem Referat nicht beschäftigen will! Er lasse die Frage offen, ob auf Königsgrube alles so sei, wie behauptet werde. Dann erzählt Bruud, daß er gegen die Verbandsredner nicht aufkommen könne, ihm sei die Sprache nicht dazu gegeben. Er habe seinerzeit dem Verbande den Ruck gefehlt, weil die sozialdemokratischen Lehren ihn nicht begeistern konnten. Was dann der Redner weiter ausführte, war unverständliches Zeug, so daß die Versammelten ihn durch Schlußrufe zum Aufhören veranlaßten. Köfpler stellt fest, daß Bruud deshalb aus der Partei und dem Verbande ausgeschieden sei, weil man ihn nicht als sozialdemokratischen Kandidaten für die Gemeinderatswahl aufgestellt habe. (Große Heiterkeit!) Nachdem noch ein Verbänder über seine Maßregelung auf Königsgrube gesprochen, zieht Polorny in einem kurzen Schlußwort das Fazit der Versammlung. Die Sprengkolonne müsse heute leiber auf eventuelles Freibier verzichten, dahingegen habe die Versammlung voll und ganz ihren Zweck erfüllt. Dafür danke er der Verwaltung, die gezeigt habe, daß sie mit Terroristen und Strafecklern nichts zu tun haben wolle. Unter großer Heiterkeit wies Polorny darauf hin, daß im Augenblick nur noch ein paar Kammlein der Sprengkolonne wie degessene Fudel den Saal verlassen. Vielleicht kommen auch diese noch einmal zur Verunft. Damit schloß die denkwürdige Versammlung, die den Terroristen noch lange in den Gliedern stecken dürfte.

Prozess Kaupach gegen Rürup.

Unter der Heberschrift: „Der alte Verband vor Gericht wiederum als Zechenverband gekennzeichnet“ bringt die Nr. 47 des „Bergknappen“ einen längeren Bericht, in dem dann auch die Behauptung aufgestellt wird, der Verband beginn, der Kamerad Kaupach brauche auf den Ausgang dieses Prozesses nicht stolz zu sein. Ohne etwaliche Bedenken und Unwahrheiten geht es nun in dem Bericht des „Bergknappen“, wie wir das ja auch längst gewohnt sind von jeder Seite, einmal nicht ab. Lassen wir deshalb den Vorgang und den Verhandlungsbericht folgen: Ueber eine am 8. Mai 1910 stattgefundene Belegschäftsversammlung der Rheinisch-sächsischen Zeche die Nr. 30 des „Bergknappen“ einen Artikel, den wir des Interesses halber wörtlich wiedergeben. Es heißt dort:

„Schon kurz nachher erklärten verschiedene Beamte (dessen Namen man aber auch im Termin nicht bekannt gab) in einer Sitzung in bezug auf einen Diskussionsredner des Gewerksvereins, wenn derselbe nicht kündige, würde er gefürchtet. So geschah es auch. Dem Diskussionsredner des Verbandes wurde kein Haar getrümmt. Der Genosse hatte den wehmütigen Verzeigungsbeten mit der Entschuldigung, in der Versammlung habe er des Guten zu viel gestoffen gehabt, er wisse nicht mehr, was er gesagt

habe. Den Belegschaftsmitgliedern gegenüber gebietet man sich mög-

Durch diese Notiz fühlte sich der Kamerad Raupach, welcher in jener Belegschaftsversammlung neben dem christlichen Gewervereins-

sondern der Inspektor Frischlinghaus war es, der im zweiten Termin in dieser Sache stand am 4. Oktober vor dem Schöffengericht Essen.

Der Inspektor Frischlinghaus, der von seinen Kameraden geladen war, sagte weiter aus, mit Raupach habe er über die Versammlung gar nicht gesprochen und ebenso wäre Raupach nicht bei ihm gewesen und hätte in der- und wehmütiger Weise angehalten, wie der „Bergknappe“ schreibe.

Der Inspektor Frischlinghaus, der von seinen Kameraden geladen war, sagte weiter aus, mit Raupach habe er über die Versammlung gar nicht gesprochen und ebenso wäre Raupach nicht bei ihm gewesen und hätte in der- und wehmütiger Weise angehalten, wie der „Bergknappe“ schreibe.

Der Inspektor Frischlinghaus, der von seinen Kameraden geladen war, sagte weiter aus, mit Raupach habe er über die Versammlung gar nicht gesprochen und ebenso wäre Raupach nicht bei ihm gewesen und hätte in der- und wehmütiger Weise angehalten, wie der „Bergknappe“ schreibe.

Der Inspektor Frischlinghaus, der von seinen Kameraden geladen war, sagte weiter aus, mit Raupach habe er über die Versammlung gar nicht gesprochen und ebenso wäre Raupach nicht bei ihm gewesen und hätte in der- und wehmütiger Weise angehalten, wie der „Bergknappe“ schreibe.

Der Inspektor Frischlinghaus, der von seinen Kameraden geladen war, sagte weiter aus, mit Raupach habe er über die Versammlung gar nicht gesprochen und ebenso wäre Raupach nicht bei ihm gewesen und hätte in der- und wehmütiger Weise angehalten, wie der „Bergknappe“ schreibe.

Der Inspektor Frischlinghaus, der von seinen Kameraden geladen war, sagte weiter aus, mit Raupach habe er über die Versammlung gar nicht gesprochen und ebenso wäre Raupach nicht bei ihm gewesen und hätte in der- und wehmütiger Weise angehalten, wie der „Bergknappe“ schreibe.

Der Inspektor Frischlinghaus, der von seinen Kameraden geladen war, sagte weiter aus, mit Raupach habe er über die Versammlung gar nicht gesprochen und ebenso wäre Raupach nicht bei ihm gewesen und hätte in der- und wehmütiger Weise angehalten, wie der „Bergknappe“ schreibe.

Der Inspektor Frischlinghaus, der von seinen Kameraden geladen war, sagte weiter aus, mit Raupach habe er über die Versammlung gar nicht gesprochen und ebenso wäre Raupach nicht bei ihm gewesen und hätte in der- und wehmütiger Weise angehalten, wie der „Bergknappe“ schreibe.

Der Inspektor Frischlinghaus, der von seinen Kameraden geladen war, sagte weiter aus, mit Raupach habe er über die Versammlung gar nicht gesprochen und ebenso wäre Raupach nicht bei ihm gewesen und hätte in der- und wehmütiger Weise angehalten, wie der „Bergknappe“ schreibe.

Der Inspektor Frischlinghaus, der von seinen Kameraden geladen war, sagte weiter aus, mit Raupach habe er über die Versammlung gar nicht gesprochen und ebenso wäre Raupach nicht bei ihm gewesen und hätte in der- und wehmütiger Weise angehalten, wie der „Bergknappe“ schreibe.

Der Inspektor Frischlinghaus, der von seinen Kameraden geladen war, sagte weiter aus, mit Raupach habe er über die Versammlung gar nicht gesprochen und ebenso wäre Raupach nicht bei ihm gewesen und hätte in der- und wehmütiger Weise angehalten, wie der „Bergknappe“ schreibe.

Der Inspektor Frischlinghaus, der von seinen Kameraden geladen war, sagte weiter aus, mit Raupach habe er über die Versammlung gar nicht gesprochen und ebenso wäre Raupach nicht bei ihm gewesen und hätte in der- und wehmütiger Weise angehalten, wie der „Bergknappe“ schreibe.

Der Inspektor Frischlinghaus, der von seinen Kameraden geladen war, sagte weiter aus, mit Raupach habe er über die Versammlung gar nicht gesprochen und ebenso wäre Raupach nicht bei ihm gewesen und hätte in der- und wehmütiger Weise angehalten, wie der „Bergknappe“ schreibe.

Der Inspektor Frischlinghaus, der von seinen Kameraden geladen war, sagte weiter aus, mit Raupach habe er über die Versammlung gar nicht gesprochen und ebenso wäre Raupach nicht bei ihm gewesen und hätte in der- und wehmütiger Weise angehalten, wie der „Bergknappe“ schreibe.

Der Inspektor Frischlinghaus, der von seinen Kameraden geladen war, sagte weiter aus, mit Raupach habe er über die Versammlung gar nicht gesprochen und ebenso wäre Raupach nicht bei ihm gewesen und hätte in der- und wehmütiger Weise angehalten, wie der „Bergknappe“ schreibe.

Der Inspektor Frischlinghaus, der von seinen Kameraden geladen war, sagte weiter aus, mit Raupach habe er über die Versammlung gar nicht gesprochen und ebenso wäre Raupach nicht bei ihm gewesen und hätte in der- und wehmütiger Weise angehalten, wie der „Bergknappe“ schreibe.

Der Inspektor Frischlinghaus, der von seinen Kameraden geladen war, sagte weiter aus, mit Raupach habe er über die Versammlung gar nicht gesprochen und ebenso wäre Raupach nicht bei ihm gewesen und hätte in der- und wehmütiger Weise angehalten, wie der „Bergknappe“ schreibe.

lichen Denunziationen sind nur eine Folge der religiösen Verhehlung durch den „Bergknappen“ und die Zentrumsprelle.

Jetzt hat man unseren Kellereien Schamp, um dessen Sprengel die heftigsten Kämpfe geführt worden sind, bei der Knappschäftsverwaltung denunziert, daß derselbe während einer Krankheitszeit Wirksamkeit besuch und bei einem Umzuge behilflich gewesen sei.

Wir betätigen den Empfang Ihres Schreibens vom 8. d. M. und erwidern, daß Sie nach dem Bericht unseres Vertrauensmannes (Oberkellereien) während der Krankheitszeit keine Wirksamkeit besuch haben.

Wir bedauern es außerordentlich, daß sich christlich nennende Bergarbeiter so sehr jedes Schamgefühl verloren haben, daß sie sich solcher Handlungen nicht schämen. Solche Handlungen sind unfameradisch, läch und unchristlich, sie verstößen gegen jedes Anstandesgefühl.

Bei den am 10. November im Eschweiler Bezirk stattgefundenen Kellereiwahlen wurden für die Sprengel Pumpschiff und Stützen die Kandidaten des Bergarbeiterverbandes gewählt.

„Schwindeln und Verleumdungen ist Geschäft“, das Motto hat zweifellos dem Schreiber des „Bergknappen“ Artikels vorgeschwebt, als er den Bericht: „Aus dem Sozialknappschäftsverein Clautal“ schrieb.

Der Inspektor Frischlinghaus, der von seinen Kameraden geladen war, sagte weiter aus, mit Raupach habe er über die Versammlung gar nicht gesprochen und ebenso wäre Raupach nicht bei ihm gewesen und hätte in der- und wehmütiger Weise angehalten, wie der „Bergknappe“ schreibe.

Der Inspektor Frischlinghaus, der von seinen Kameraden geladen war, sagte weiter aus, mit Raupach habe er über die Versammlung gar nicht gesprochen und ebenso wäre Raupach nicht bei ihm gewesen und hätte in der- und wehmütiger Weise angehalten, wie der „Bergknappe“ schreibe.

Der Inspektor Frischlinghaus, der von seinen Kameraden geladen war, sagte weiter aus, mit Raupach habe er über die Versammlung gar nicht gesprochen und ebenso wäre Raupach nicht bei ihm gewesen und hätte in der- und wehmütiger Weise angehalten, wie der „Bergknappe“ schreibe.

Der Inspektor Frischlinghaus, der von seinen Kameraden geladen war, sagte weiter aus, mit Raupach habe er über die Versammlung gar nicht gesprochen und ebenso wäre Raupach nicht bei ihm gewesen und hätte in der- und wehmütiger Weise angehalten, wie der „Bergknappe“ schreibe.

Der Inspektor Frischlinghaus, der von seinen Kameraden geladen war, sagte weiter aus, mit Raupach habe er über die Versammlung gar nicht gesprochen und ebenso wäre Raupach nicht bei ihm gewesen und hätte in der- und wehmütiger Weise angehalten, wie der „Bergknappe“ schreibe.

Der Inspektor Frischlinghaus, der von seinen Kameraden geladen war, sagte weiter aus, mit Raupach habe er über die Versammlung gar nicht gesprochen und ebenso wäre Raupach nicht bei ihm gewesen und hätte in der- und wehmütiger Weise angehalten, wie der „Bergknappe“ schreibe.

Der Inspektor Frischlinghaus, der von seinen Kameraden geladen war, sagte weiter aus, mit Raupach habe er über die Versammlung gar nicht gesprochen und ebenso wäre Raupach nicht bei ihm gewesen und hätte in der- und wehmütiger Weise angehalten, wie der „Bergknappe“ schreibe.

Der Inspektor Frischlinghaus, der von seinen Kameraden geladen war, sagte weiter aus, mit Raupach habe er über die Versammlung gar nicht gesprochen und ebenso wäre Raupach nicht bei ihm gewesen und hätte in der- und wehmütiger Weise angehalten, wie der „Bergknappe“ schreibe.

Der Inspektor Frischlinghaus, der von seinen Kameraden geladen war, sagte weiter aus, mit Raupach habe er über die Versammlung gar nicht gesprochen und ebenso wäre Raupach nicht bei ihm gewesen und hätte in der- und wehmütiger Weise angehalten, wie der „Bergknappe“ schreibe.

Der Inspektor Frischlinghaus, der von seinen Kameraden geladen war, sagte weiter aus, mit Raupach habe er über die Versammlung gar nicht gesprochen und ebenso wäre Raupach nicht bei ihm gewesen und hätte in der- und wehmütiger Weise angehalten, wie der „Bergknappe“ schreibe.

Der Inspektor Frischlinghaus, der von seinen Kameraden geladen war, sagte weiter aus, mit Raupach habe er über die Versammlung gar nicht gesprochen und ebenso wäre Raupach nicht bei ihm gewesen und hätte in der- und wehmütiger Weise angehalten, wie der „Bergknappe“ schreibe.

Der Inspektor Frischlinghaus, der von seinen Kameraden geladen war, sagte weiter aus, mit Raupach habe er über die Versammlung gar nicht gesprochen und ebenso wäre Raupach nicht bei ihm gewesen und hätte in der- und wehmütiger Weise angehalten, wie der „Bergknappe“ schreibe.

Der Inspektor Frischlinghaus, der von seinen Kameraden geladen war, sagte weiter aus, mit Raupach habe er über die Versammlung gar nicht gesprochen und ebenso wäre Raupach nicht bei ihm gewesen und hätte in der- und wehmütiger Weise angehalten, wie der „Bergknappe“ schreibe.

Der Inspektor Frischlinghaus, der von seinen Kameraden geladen war, sagte weiter aus, mit Raupach habe er über die Versammlung gar nicht gesprochen und ebenso wäre Raupach nicht bei ihm gewesen und hätte in der- und wehmütiger Weise angehalten, wie der „Bergknappe“ schreibe.

ohne Trinkwasser! Aber auch ein Beispiel dafür, wie nötig die Aufklärung unter der Arbeiterschaft an manchen Orten noch ist, und was hier immer noch angenommen werden darf, bevor sie auf die zweifelhaftesten Wohlthaten solcher Art verzichten lernen.

Die Sicherheitsmännerwahlen im Zugau-Deitscher Revier.

finden auf den Werken, mit Ausnahme von Pluto-Merkur, am 10. Dezember wie folgt statt:

Deutschländische Wächte mit Vereinsglück, von 1 bis 4 Uhr nachmittags, im Kattstetter zu Delsnich.

Concordia, von 1 bis 3 1/2 Uhr nachmittags, im Restaurant „Zum Bergmannsgrub und Herrenmühle“ zu Delsnich.

Wie daraus zu ersehen ist, hat man auf den meisten Gruben die Wahlzeit so engerichtet, daß die Nachtschichten extra zur Wahl gehen müssen.

Lohnbewegungen und Streiks. Forderungen bewilligt.

Auf der Grube Marie bei Wintersdorf (S.-A.) hatten die Arbeiter an die Werkverwaltung eine Eingabe gerichtet, in der um Ver- sorgung der Schichtzeit von 12 auf 9 Stunden gebeten wurde.

Die Macht der Einigkeit hat sich am 20. Oktober hier selbst mit greifbarer Deutlichkeit gezeigt. Die Direktion der Frankfurt-Rintkenheerde Braunkohlenwerke hatte den Arbeitern durch Ausübung eine Verabbarung des Gehaltes bekannt gegeben.

Die Macht der Einigkeit hat sich am 20. Oktober hier selbst mit greifbarer Deutlichkeit gezeigt. Die Direktion der Frankfurt-Rintkenheerde Braunkohlenwerke hatte den Arbeitern durch Ausübung eine Verabbarung des Gehaltes bekannt gegeben.

Die Macht der Einigkeit hat sich am 20. Oktober hier selbst mit greifbarer Deutlichkeit gezeigt. Die Direktion der Frankfurt-Rintkenheerde Braunkohlenwerke hatte den Arbeitern durch Ausübung eine Verabbarung des Gehaltes bekannt gegeben.

Die Macht der Einigkeit hat sich am 20. Oktober hier selbst mit greifbarer Deutlichkeit gezeigt. Die Direktion der Frankfurt-Rintkenheerde Braunkohlenwerke hatte den Arbeitern durch Ausübung eine Verabbarung des Gehaltes bekannt gegeben.

Die Macht der Einigkeit hat sich am 20. Oktober hier selbst mit greifbarer Deutlichkeit gezeigt. Die Direktion der Frankfurt-Rintkenheerde Braunkohlenwerke hatte den Arbeitern durch Ausübung eine Verabbarung des Gehaltes bekannt gegeben.

Die Macht der Einigkeit hat sich am 20. Oktober hier selbst mit greifbarer Deutlichkeit gezeigt. Die Direktion der Frankfurt-Rintkenheerde Braunkohlenwerke hatte den Arbeitern durch Ausübung eine Verabbarung des Gehaltes bekannt gegeben.

Die Macht der Einigkeit hat sich am 20. Oktober hier selbst mit greifbarer Deutlichkeit gezeigt. Die Direktion der Frankfurt-Rintkenheerde Braunkohlenwerke hatte den Arbeitern durch Ausübung eine Verabbarung des Gehaltes bekannt gegeben.

Die Macht der Einigkeit hat sich am 20. Oktober hier selbst mit greifbarer Deutlichkeit gezeigt. Die Direktion der Frankfurt-Rintkenheerde Braunkohlenwerke hatte den Arbeitern durch Ausübung eine Verabbarung des Gehaltes bekannt gegeben.

Die Macht der Einigkeit hat sich am 20. Oktober hier selbst mit greifbarer Deutlichkeit gezeigt. Die Direktion der Frankfurt-Rintkenheerde Braunkohlenwerke hatte den Arbeitern durch Ausübung eine Verabbarung des Gehaltes bekannt gegeben.

Die Macht der Einigkeit hat sich am 20. Oktober hier selbst mit greifbarer Deutlichkeit gezeigt. Die Direktion der Frankfurt-Rintkenheerde Braunkohlenwerke hatte den Arbeitern durch Ausübung eine Verabbarung des Gehaltes bekannt gegeben.

Die Macht der Einigkeit hat sich am 20. Oktober hier selbst mit greifbarer Deutlichkeit gezeigt. Die Direktion der Frankfurt-Rintkenheerde Braunkohlenwerke hatte den Arbeitern durch Ausübung eine Verabbarung des Gehaltes bekannt gegeben.

Die Macht der Einigkeit hat sich am 20. Oktober hier selbst mit greifbarer Deutlichkeit gezeigt. Die Direktion der Frankfurt-Rintkenheerde Braunkohlenwerke hatte den Arbeitern durch Ausübung eine Verabbarung des Gehaltes bekannt gegeben.

Kühnes Brechen!

Ob schon längst festgestellt ist, daß die Sicherheitsmänner auf jeder Dorfheld, die feinerzeit entlassen wurden, jetzt auch wieder auf demselben Schacht arbeiten, keine Lampen beschlagnahmt haben, wird dieses Verdict fortgesetzt weiter fortgesetzt.

Christliche Zahlenrechnung.

Bei der letzten Kellereiwahl erhielt der Bergarbeiterverband 299 Kellereien, der Gewerverein christlicher Bergarbeiter, der sich durch Kompromiß die Hilfe der Zechen und der Konfessionellen wie der bürgerlichen Parteieine sicherte, 83 Mandate! Der Verband gewann 64 Mandate, der Gewerverein verlor trotz des Kompromisses 47 Mandate!

Table with 3 columns: Year, Verband, Gewerverein. Rows for 1909, 1904, and Zunahme.

Wir bemerken nochmals, daß das Resultat für den Gewerverein nur infolge des Kompromisses möglich war, also von der eigenen Kraft, mit der man den Stimmengewinn begründen könnte, keine Rede ist.

Wir bemerken nochmals, daß das Resultat für den Gewerverein nur infolge des Kompromisses möglich war, also von der eigenen Kraft, mit der man den Stimmengewinn begründen könnte, keine Rede ist.

Wir bemerken nochmals, daß das Resultat für den Gewerverein nur infolge des Kompromisses möglich war, also von der eigenen Kraft, mit der man den Stimmengewinn begründen könnte, keine Rede ist.

„Christliche“ Denunzianten in Mellinshausen.

In Mellinshausen, der bisherigen schwarzen Schöburg, sind unsere Kameraden schon wiederholt von „Christlichen“ denunziert worden. Man kann ja die Mut dieser Leute begreifen, wenn man bedenkt, daß sie in ihrer bisher unbeschränkten Schöburg zwei Sprengel verloren und den dritten nur unter der äußersten Anstrengung behauptet haben.

Provinz Sachsen, Brandenburg u. Thüringen.

Kolonie der Grube Bismard in Pöln.

„Es liebt die Welt, das Strahlende zu schwärzen und das Erhabene in den Kot zu ziehen!“ Wie oft hat die Arbeiterpresse nicht schon dies Sprichlein zu hören bekommen, wenn sie die Wohlfahrts-einrichtungen der Unternehmer etwas näher ans Licht rückt, als es jenen recht ist.

Einen Beweis dafür, was trotz aller Verordnungen und Vorschriften den Arbeitern unter dem Stittel „Werkwohnung“ geboten wird, liefert die Grube Bismard in Pöln. Die eine Arbeiterkolonie dieses Werkes führt den Namen „alle Kunstigelei“.

Wir bemerken nochmals, daß das Resultat für den Gewerverein nur infolge des Kompromisses möglich war, also von der eigenen Kraft, mit der man den Stimmengewinn begründen könnte, keine Rede ist.

Wir bemerken nochmals, daß das Resultat für den Gewerverein nur infolge des Kompromisses möglich war, also von der eigenen Kraft, mit der man den Stimmengewinn begründen könnte, keine Rede ist.

Wir bemerken nochmals, daß das Resultat für den Gewerverein nur infolge des Kompromisses möglich war, also von der eigenen Kraft, mit der man den Stimmengewinn begründen könnte, keine Rede ist.

Wir bemerken nochmals, daß das Resultat für den Gewerverein nur infolge des Kompromisses möglich war, also von der eigenen Kraft, mit der man den Stimmengewinn begründen könnte, keine Rede ist.

Der Streik in Südwales

dauert fort. Es ist anzunehmen, daß wenn der Streik längere Zeit anhält, er sich über weitere Gebiete des südwalisischen Beckens ausdehnen wird.

Wir bemerken nochmals, daß das Resultat für den Gewerverein nur infolge des Kompromisses möglich war, also von der eigenen Kraft, mit der man den Stimmengewinn begründen könnte, keine Rede ist.

Wir bemerken nochmals, daß das Resultat für den Gewerverein nur infolge des Kompromisses möglich war, also von der eigenen Kraft, mit der man den Stimmengewinn begründen könnte, keine Rede ist.

Briefkasten.

F. Sch., A. L., Westfeld. Ohne nähere Beweisangabe nicht zu bemerken. Wenn es in solchen Fällen zur Klage kommt, zieht der Redakteur in der Regel den kürzeren, wenn er nicht erdrückendes Beweismaterial erbringen kann.

# Verbandsmitglieder, beteiligt euch in allen Zahlstellen recht zahlreich an den Hausagitation sowie an den Mitglieder-Versammlungen

## Verbandsnachrichten.

### Achtung! Auswanderer! Achtung!

Wir machen wiederholt darauf aufmerksam, daß Ueberweisungskarten für auswandernde Mitglieder nur dann ausgestellt werden können, wenn das Mitglied mindestens ein Jahr bei uns Mitglied ist und seine Beiträge und Gebührenträge pünktlich bezahlt hat. Wenn das Buch nicht Ueberweisungskarte sofort per Post zurückgeschickt werden soll, so müssen 20 Pfg. in Briefmarken beigefügt werden.

### An die Vertrauensleute und Ortsverwaltungen!

Bei dem Verlangen um Ausstellung von Duplikaten muß angegeben werden, wie weit und welche Beiträge (ab zu 50, 40, 30 Pfg., auch Streckmarken) im alten Buch gefehlt waren. Auch muß angegeben werden, wie viel und welche Unterstellungen das Mitglied bezogen hat. Bei jeder Bestellung müssen 20 Pfg. in Briefmarken mit eingeklebt werden. Die Bucherei ist angewiesen, wenn vorstehendes nicht angeführt ist, kein Duplikat mehr auszustellen, weshalb wir ersuchen, dieses zu beachten.

### An die Knappschaftskassen

hat die Friedrich Wilhelm-Versicherungsgesellschaft ein Rundschreiben gerichtet, worin den Vertretern Agenturen aufgegeben werden. Wie schon uns daher veranlaßt, unsere Kassen darauf aufmerksam zu machen, daß sie nach der Satzung des Allgemeinen Knappschaftsvereins und der vom Vorstande dieses Vereins gebildeten Praxis solche Nebenbeschäftigungen nicht ausüben dürfen, wenn sie ihr Kassenamt nicht verlieren wollen.

Wegen Disziplinbruch und Gegenagitation ist das Mitglied Wilhelm Bente, Haupt-Nr. 212562, auf Antrag der Zahlstelle Obermassen aus dem Verbands ausgeschlossen. Der Vorstand.

**Achtung!** Von einem Konferenzteilnehmer ist am Mittwoch, den 16. November im Neuhaus'schen Saale in Bochum ein Regenschirm stehen gelassen worden, dagegen ist ein anderer Schirm mitgenommen worden. Der Austausch der Schirme kann auf dem Verbandsbureau erfolgen. Wer seinen Schirm stehen gelassen hat, kann dieses auch schriftlich mitteilen.

**Bezirk Bochum.** Laut Beschluß der Agitationskommission findet am Sonntag, den 27. November, eine allgemeine Hausagitation für den ganzen Bezirk statt. Die Kameraden werden ersucht, sich zahlreich den Ortsverwaltungen an dem genannten Tage zur Verfügung zu stellen.

**Brambauer.** Hier wird das Gerücht verbreitet, der frühere Vertrauensmann Böckmann solle Verbandsgegner unter sich haben. Die Kameraden Lieberwirth und Merkelt sollen die Verurteilung durchgemacht haben. In der Ortsverwaltungssitzung, zu der die Kameraden Lieberwirth und Merkelt erschienen waren, erklärten beide, solche Verurteilung nicht gemacht zu haben. Sie konnten solche Verurteilungen auch gar nicht machen, da ihnen jeder Beweis hierzu fehlt. Wir warnen die Kameraden vor Weiterverbreitung. Kamerad Böckmann hat die Geschäfte als Vertrauensmann stets zur vollen Zufriedenheit geleitet. Auch die ihm anvertrauten Gelder hat er stets reell verwaltert resp. abgeliefert.

**Kostede.** Die Streitigkeiten zwischen den Kameraden Lücker und Korfmacher haben durch Vergleich der beiden ein Ende gefunden. Kamerad Korfmacher konnte für seine Anschuldigungen keine Beweise erbringen und nahm die beleidigenden Ausdrücke mit Bedauern zurück, worauf Kamerad Lücker auch den Ausschlussantrag zurückzog.

### Adressenveränderungen.

**Reininghausen.** Als erster Vertrauensmann fungiert nun der Kamerad August Krüger in Ostreich Nr. 74, als Kassierer Gustav Ritterswürden in Ostreich Nr. 67; beide Post Wenzede.

### Sücherrevision.

In folgenden Zahlstellen findet Revision der Mitgliedsbücher statt und werden die Kameraden gebeten, dieselben bereitzulegen, damit den Revisoren unnötige Wege erspart bleiben:  
**Höberg.** Vom 25. November bis 10. Dezember.  
**Barth.** Vom 1. bis 15. Dezember.  
**Dahlhausen-Hörcherholz.** Vom 25. November bis 10. Dezember.

**Reifen.** Vom 24. November bis 8. Dezember. Die sämtlichen Mitgliedsbücher werden eingesehen.  
**Wörs.** Im Monat Dezember.  
**Niederboisfeld.** Vom 24. November bis 1. Dezember.  
**Deffel I.** Vom 20. bis 27. November.  
**Höhlinghausen.** Vom 15. bis 30. November.  
**Stübel II.** Vom 1. bis 15. Dezember.  
**Studenbusch.** Vom 1. bis 10. Dezember.  
**Styrum.** Vom 1. bis 15. Dezember durch den Bezirksleiter.

### Krankenunterstützungs-Auszahlung.

Ohne Vorlegung des Mitgliedsbuches und Krankenscheines darf keine Unterstüzung ausgezahlt werden.  
**Oving I.** Die Krankenunterstützung wird jeden Freitag nachmittags ausgezahlt.

### Kranzpendemarken.

In folgenden Zahlstellen werden Kranzpendemarken à 10 Pfg. geklebt:  
**Carnap.** Im Monat Dezember.

### Lokalfondsmarken.

In folgenden Zahlstellen werden Lokalfondsmarken geklebt:  
**Studenbusch.** Vom 1. bis 10. Dezember.

## Zahlstellen-Versammlungen und Steuertage.

In allen Versammlungen:  
**Neuwahl der Ortsverwaltungen für das Jahr 1911.**

**Marienthal.** Jeden Sonntag nach dem Zahltag, vormittags 10 Uhr, im Gasthof Sauerbeck. Abgabe der Beiträge.  
**Unterweilbach.** Jeden letzten Sonntag im Monat, nachmittags 4 1/2 Uhr, im Gasthof „Zum Hirschen“.

### Jeden Sonntag nach dem 20. des Monats:

**Akerbach.** Nachmittags 3 Uhr, im Gasthof zu Kaldendorf.  
**Eberlohren.** Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Friede in Heltwind.  
**Reinberg.** Nachmittags 3 Uhr, im Restaurant „Glocken“.  
**Reininghausen-Süd.** Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Kotte, Grubbad.  
**Salgast.** Nachmittags 3 Uhr, im Lokale des Herrn Kippsch.  
**Strohheim.** Nachmittags 3 Uhr, im Gasthof in Strohheim.

### Jeden Sonntag nach dem 25. des Monats:

**Auerbach.** Abends 7 Uhr, im Gasthof des Herrn Heilig in Auerbach.  
**Gebersbach.** Abends 7 Uhr, im Restaurant „Im Hof“.  
**Preße.** Nachmittags 3 Uhr, im Gasthaus „Zum schwarzen Bär“.  
**Schönbühl.** Abends 7 Uhr, im Restaurant des Schwedener Konjunkturvereins.  
**Sodlagen.** Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Wegmann, Friedrichstraße.

### Jeden vierten Sonntag im Monat:

**Altenburg.** Nachmittags 4 Uhr, im Gewerkschaftsheim.  
**Altenrade.** Vormittags 11 Uhr, im Lokale des Herrn Wesselt.  
**Ammerdorf.** Nachm. 3 Uhr, im „Bürgerhaus“ in Burg bei Immendorf-Adewell.  
**Baunsa.** Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Karl Seebrock, Hafenstraße.  
**Bödinghausen.** Vormittags 10 Uhr, in der Gemeindefabrik.  
**Brambauer.** Vormittags 10 Uhr, im Lokale des Herrn Vierter, Bismarckstraße.  
**Brensdorf.** Nachmittags 3 Uhr, im Gasthaus „Zur Wirtshalle“.  
**Buchhausen-Schmidtthor.** Nachm. 4 Uhr, im Lokale des Herrn Ulrich, Schmidtthor.  
**Eisen-Mittelscheid.** Vorm. 11 Uhr, im Lokale des Herrn G. W. M. Mittenheider.  
**Heben.** Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Heinrich Wlebbhoff (fr. Lohmann).  
**1. Vortrag:** Die gegenwärtige Lage der Bergarbeiter. 2. Neuwahl der Ortsverwaltung. 3. Kartellangelegenheiten. 4. Verschleudertes.  
**Hohndorf.** (Zeit unbekannt). Im Gasthof des Herrn Schammelt in Hohndorf.  
**Hörsede.** Nachmittags 5 Uhr, im Lokale des Herrn Alex. Steven Hörsede.  
**Jahren.** Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Friedrich Heibauer.  
**Kahna.** Nachmittags 3 Uhr, im Gasthof „Zum weißen Klotz“.  
**Sehefen.** Nachmittags 3 Uhr, im Schlosshaus.  
**Sinnenroth.** Vormittags 11 Uhr, im Lokale des Herrn Strunk, „Gold. Löwe“.  
**Wack.** Nachmittags 3 Uhr. Wo? sagt der Vort.  
**Waldenberger-Herrn.** Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Herb in Letten.  
**Waldendorf.** Nachmittags 3 Uhr, im Lokale des Herrn V. Winter.  
**Scharnhorst.** Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Hauke, Wambelohr.  
**Stann bei Zwidau.** Nachmittags 3 Uhr, im Restaurant des Herrn Neumärker.  
**Sulzbach (Saar).** Nachmittags 4 Uhr, im Lokale „Walter Jahn“.

### Jeden letzten Sonntag im Monat:

**Alten-Bräunlingen.** Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Rottmeier.  
**Alt-Sülzig.** Nachmittags 3 Uhr, im Lokale des Herrn Böhm (Brauerei).  
**Altebeck.** Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn F. Weder, „Deutscher Kaiser“.  
**Argehoff.** Nachmittags 3 Uhr. Wo? sagt der Vort.  
**Uffeln.** Nachmittags 3 Uhr, im Lokale des Herrn Fritz Altmeyer.  
**Berge-Sorbe.** Vorm. 10 Uhr, im Lokale des Herrn H. Rathias, Friedrichsplatz.  
**Berge.** Vormittags 11 Uhr, im Lokale des Herrn Wilh. Dülpe.  
**Bergehausen.** Vormittags 10 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Hasberg in Mittenheide.  
**Vortrag** des Kameraden H. Schmidt, Uffeln.  
**Bergshof.** Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn G. Fiebig.

**Biefang.** Vormittags 11 Uhr, beim Vertrauensmann.  
**Bittermarf.** Nachmittags 5 Uhr, im Lokale des Herrn G. Feig.  
**Bochum I (Wiemelshausen).** Vormittags 10 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Krawinkel.  
**Bodelschwingh.** Nachm. 10 Uhr, im Lokale des Herrn A. Engelhardt, Bodelschwingh.  
**Breitenheim.** Nachmittags 3 Uhr, im Gasthof in Breitenheim.  
**Bühse.** Vormittags 10 Uhr, im Lokale des Herrn Bredenroff in Buer, Auguststraße.  
**Bühlhausen-Hörcherholz.** Vormittags 11 Uhr, im Lokale des Herrn Schöder.  
**Deufen.** Nachmittags 5 Uhr, im Lokale des Herrn Haas.  
**Dämmer II.** Vormittags 10 Uhr, im Lokale des Herrn Gadder, Landwehrstr. 6.  
**Ellenberg (Pfalz).** Abends 9 Uhr, im Lokale des Herrn Joh. Wau, Buchhofstr. Ende.  
**Evling I.** Nachmittags 2 Uhr, im Lokale des Herrn Siepmann, Auf den Büchen.  
**Evling II.** Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn J. Beebe, (früher Deumthaus).  
**Essen (Nahr).** Vormittags 11 Uhr, im Lokale des Herrn Piefer, Steelerstraße.  
**Essen (Nahr) V (West-Bismarck).** Nachm. 4 Uhr, im Lokale der Witwe Schäfte.  
**Forschen.** Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Michel Johann.  
**Frohndale.** Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Martz in Frohndale.  
**Gahrensch.** Nachmittags 5 Uhr, im Lokale des Herrn W. Weg gen. Silber.  
**Hann a. d. Lippe.** Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Graditz.  
**Hamm-Rord.** Vormittags 11 Uhr, Lokal unbekannt.  
**Hattlingen.** Vormittags 10 Uhr, im Lokale des Herrn G. Steffen, Heggerstraße.  
**Herbede.** Nachmittags 5 Uhr, im Lokale des Herrn Otto Brodmann.  
**Herne.** Nachmittags 4 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Kampmeier, Schwanrothstraße.  
**Vortrag** über Tarifverträge.

**Herbede-Torstein.** Vormittags 10 Uhr, im Lokale des Herrn Neumann in Dorsten.  
**Hildinghausen.** Nachmittags 5 Uhr, im Lokale des Herrn Schleiter, Steuertag.  
**Hilfrop-Gerthe.** Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Schumann.  
**Hochlar.** Vormittags 10 Uhr, im Lokale des Herrn Adel in Hildinghausen.  
**Höfchen II.** Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Karl Schwabenberg.  
**Hohenviel.** Nachm. 4 Uhr, im Lokale des Herrn Wardenburg in Wininghausen.  
**Hollen.** Vormittags 11 Uhr, im Lokale des Herrn Hubert.  
**Hollhausen-Wülheim.** Nachmittags 5 Uhr, im Lokale des Herrn Bruno in Heizen.  
**Holzwick.** Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Wiest, Hausierstraße.  
**Hagen.** Nachmittags 5 Uhr, im Lokale des Herrn Mund.  
**Kloster-Weinigen.** Nachmittags 3 Uhr, im Lokale des Herrn Notahr.  
**Kranh.** Vormittags 10 Uhr, im Lokale des Herrn Böninghaus.  
**Lein (Nahr).** Nachmittags 5 Uhr, beim Kameraden Jul. Schmidt, Kreuzstr. 1.  
**Lindenberg.** Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Karl Selzer.  
**Lindenberg.** Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Vahrt.  
**Menselthor-Rathenau.** (Zeitangabe fehlt). Im Gasthof „Zum deutschen Kaiser“.  
**Niederboisfeld.** Vorm. 11 Uhr, im Lokale des Herrn G. Wesselt in Buchhausen.  
**Niederboisfeld.** Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Ritz, Altony.  
**Neuversenigern.** Vormittags 11 Uhr, im Lokale des Herrn W. Saack.  
**Neuversenigern.** Nachmittags 3 Uhr, im Gasthof in Neuversenigern.  
**Oberniedern.** Nachmittags 5 Uhr, im Lokale des Herrn Klöpffer.  
**Pöhlau.** Abends 8 Uhr, im Gasthof „Felschhäuser“.  
**Vorgeleite.** Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Johann Driese.  
**Wattlingen.** Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Johann Verg.  
**Wichmann.** Nachmittags 3 Uhr, im Gasthof des Herrn Simon.  
**Schanze.** Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Ehem in Schanze.  
**Schneeberg.** (Zeitangabe fehlt). Im Gasthof „Zur Wartburg“.  
**Schwanenheide.** Nachmittags 3 Uhr, im Gasthof des Herrn Thölen.  
**Sonnenberg I.** Nachm. 4 Uhr, im Lokale des Herrn Köster (fr. Kott) in Krach.  
**Südel.** Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Emil Weingartner.  
**Südel.** Vormittags 11 Uhr, im Lokale des Herrn Sief.  
**Stierkebe I.** Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Busch, Hofenerstraße 6.  
**Stuppenberg.** Nachmittags 5 Uhr, im Lokale des Herrn Othenberg.  
**Türna.** Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn G. Fischer.  
**Urenholz-Turckshof.** Nachm. 5 Uhr, im Lokale des Herrn G. Kreil, Durchhof.  
**Werden.** Nachmittags 5 Uhr, im Lokale des Herrn Eidenfelder (Zehnhalle).  
**Weslich.** Nachmittags 5 Uhr, im Lokale des Herrn Eugeniam.  
**Wiede.** Nachmittags 5 Uhr, im Lokale des Herrn Heinrich Sommer.  
**Witten a. d. Auer.** Nachmittags 4 Uhr, im Gasthaus Bremer, Südwinde.  
**Wieserode.** Nachmittags 3 Uhr, im Lokale des Herrn Richter.  
**Zwidau.** Abends 7 Uhr, im „Bürgerhaus“.

### Sonntag, den 27. November 1910:

**Altenbärg-Boenen.** Nachm. pünktlich 3 Uhr, im Lokale des Herrn Rudolf Bier.  
1. Einleitung der Zahlstelle und Wahl der beiden Ortsverwaltungen. 2. Fortsetzung der Versammlungen im Jahre 1911. 3. Vortrag. 4. Zahlstellenangelegenheiten.  
**Berckdorf.** Jeden Sonntag nach dem 25. des Monats. Zeit- und Lokalangabe fehlt.  
**Bochum II.** Nachmittags 4 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Kregel, am Rottentopf.  
1. Bericht der Ortsverwaltung. 2. Neuwahl derselben. 3. Verhandlungsangelegenheiten.  
**Dahlhausen I.** Vormittags 10 Uhr, im Lokale des Herrn Schulte-Umburg.  
**Dortmund I.** Nachm. 3 Uhr, im Gewerkschaftsheim, Gde. Zeilung, a. Leibnizstr. 2.  
1. Wahl der Ortsverwaltung. 2. Aufstellung der Kandidaten zur Knappschafts-Altstellenwahl. 3. Geschäftliches.  
**Eschdorf.** Nachmittags 4 1/2 Uhr, im Gasthaus des Herrn Wilh. Gente, Schloßstraße.  
**Evling III.** Nachmittags 4 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Adolph, Grüne-Lippe.  
**Geisenkirchen IV.** Nachm. 5 Uhr, im Lokale des Herrn Konr. Uchten, Sauerland.  
1. Jahresbericht der Ortsverwaltung. 2. Neuwahl derselben. 3. Verschleudertes.  
**Geurichenberg u. Enderhof.** Nachm. 4 Uhr, im Lokale des Herrn Feldmann, am Rande.  
1. Vortrag des Kam. Hermes. 2. Wahl der Ortsverwaltung. 3. Verschleudertes.  
**Guer.** Nachmittags 5 Uhr, im Lokale des Herrn Schulte (fr. Reinking), Haldwegstr. 43.  
1. Vortrag über die heutige Lage. 2. Neuwahl der Ortsverwaltung. Zeit- und Lokalangabe fehlt (Spitz). Nachmittags 5 Uhr, im Lokale des Herrn Braunhut.  
1. Vortrag. 2. Neuwahl der Ortsverwaltung. Referent zur Stelle.  
**Höflich.** Beim Kam. Brauch, Oststr. 39. (Die Zeit ist beim Voten zu erfassen).  
**Luerenberg.** Nachmittags 4 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Karl Rötter.  
**Neckinghausen.** Vormittags 10 Uhr, im Lokale des Herrn Radeb, Gr. Waldstraße.  
**Schmidtthor-Buchhausen.** Vormittags 11 Uhr, im Lokale des Herrn Böhm.  
Bericht des Vorstandes der Sterbe- und Unterstüzungskasse der Zeche Neumühl.  
Es ist Pflicht aller Kameraden, diese Versammlungen zu besuchen!

## Bergarbeiter-Versammlungen

**Sonnabend, den 26. November 1910:**  
**Geusenberg.** Abends 7 1/2 Uhr, im „Famhisch“ in Giltendorf. — Was haben die Bergarbeiter der Zeche zu tun, um ihre Lage zu verbessern und die feindlichen Pläne der Schürfmänner abzuwehren? — Referent: Verbandsvorsitzender Herr Sachse, Bochum.

**Sonntag, den 27. November 1910:**  
**Kaer und Bettingen.** Nachmittags 3 1/2 Uhr, im Saale des Herrn Müller in Angen. — Der Kampf der Bergarbeiter um ihre Rechte. Referent: Kamerad Joh. Lemperetz, Saarbrücken.

**Siphla u. Aug.** Nachmittags 4 Uhr, im Lokale der Witwe Brinkmann (Seiner Uffigshof), Kaiserstraße. — Wie kann die gegenwärtige Lage der Bergarbeiter verbessert werden? Ref.: Jansel, Gladbeck.

**Vorgeleite.** Nachmittags 4 Uhr, im Saale des Herrn Driese. — Der neue Herr Reichsminister von Schacht VI und wie lassen wir uns gegen dessen Willkürherrlichkeit wehren? Referent zur Stelle.

**Kammin und Wiesebach.** Nachmittags 3 Uhr, im Saale des Herrn Hofnung in Kammin. — Die gegenwärtige Lage der Bergarbeiter. Referent: Kamerad Fritz Stein, Kammin.

**Sonntag, den 4. Dezember 1910:**  
**Geckdorf u. Aug.** Nachmittags 2 1/2 Uhr, im Gasthof „Zum goldenen Tal“. — Die bevorstehenden Stichwahlen. Referent: Kamerad Maximilian Krause, Aug.

**Geckdorf-Röthlich.** Nachmittags 4 1/2 Uhr, im Gasthof zu Geckdorf. — Die bevorstehenden Stichwahlen. Referent: Kamerad Maximilian Krause, Aug.

**Achtung! Saar-Revier Achtung!**  
Freitag, den 25. November 1910.  
**Altenrad.** Abends 7 Uhr, im Saale des Herrn Nikolaus Schmidt.

**Sonntag, den 27. November 1910:**  
**Einbach.** Nachmittags 3 1/2 Uhr, im Saale des Herrn Friedrich Siffel.  
**Haldenbr.** Abends 8 Uhr, im Lokale der Witwe Schärer.

**Zusammenfassung in allen Versammlungen:**  
Der Kampf der Bergarbeiter um ihre Rechte. — Freie Diskussion.  
Referent: Kamerad Fr. Siepmann, Bochum.

Die Bergarbeiter sind daran gebunden, zu diesen Versammlungen zu erscheinen.  
Die Einberufer.

**Achtung! Mart b. Hamm Achtung!**  
Sonntag, den 27. November, nachmittags 4 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Holtmann, in der Markt.

**Öffentl. Volkspersammlung.**  
Zusammenfassung der des Radobungsamt vor dem Landgericht in Bochum und welche Schritte gehen wir daraus?  
Die Verhandlung beginnt um 8 Uhr.  
Die Verhandlung beginnt um 8 Uhr.  
Der Einberufer.

## Die Bergarbeitergeschichte

von Otto Hue

**Kameraden!** Der von uns angekündigte erste Band der Bergarbeitergeschichte unseres Kameraden Otto Hue ist eingetroffen und kommt umgehend zum Versand. Dieser Band enthält die Schilderung der Bergarbeiterverhältnisse im Altertum und im Mittelalter. Wenn man die moderne Bergarbeiterbewegung ganz verstehen will, muß man die früheren Rechtsverhältnisse der Knappen kennen lernen. Zum Beispiel gewinnt man für die knappschaftlichen Forderungen der organisierten Bergleute erst volles Verständnis, wenn man sich über die Entstehung und Entwicklung des Knappschaftswesens, über die alten Rechte der Knappschaftsmitglieder unterrichtet. Dafür ist das vom Kameraden Hue verfaßte Buch ein unentbehrlicher Wegweiser. Darum fordern wir alle Kameraden auf, soweit sie es noch nicht getan haben, **sogleich** das Buch bei der unterzeichneten Firma oder bei der Ortsverwaltung ihrer Zahlstelle zu bestellen. Der von der rühmlichst bekannten Firma J. H. W. Dietz in Stuttgart hergestellte Werk erscheint in zwei starken Bänden, dauerhaft gebunden. Der erste Band kommt — wie gesagt — in diesem Monat heraus. Nun, Kameraden, nicht mehr gezögert, sondern bestellt euch das Buch für eure Privatbibliothek.

**„Wissen ist Macht!“**

Wer daher seinen Mann stehen will im Kampfe gegen die Gegner der Arbeiterforderungen, der muß sich Wissen verschaffen. Wir erwarten, daß das angekündigte Werk von allen lernerifrigen Kameraden bestellt und eifrig studiert wird.

**Die Verbandsmitglieder** erhalten das Werk geschmackvoll und solide gebunden in zwei Bänden zum Preise von 8 Mark. Der erste Band ist bei der Empfangnahme zu bezahlen, der zweite Band kann in 50 Pf.-Raten im voraus bezahlt werden. Klebekarten und Marken sind nur bei den Ortsverwaltungen der Zahlstellen zu haben. Durch diese Einrichtung besteht auch für den Aermsten die Möglichkeit, sich dieses Buch anzuschaffen. — Wir erwarten recht zahlreiche Bestellungen und zeichnen mit Glückauf!

**Zur gefl. Beachtung!** Vollgeklebte Karten und Karten, auf welchen mindestens acht Marken à 50 Pf. geklebt sind, wolle man uns durch die Ortsverwaltung zustellen lassen. Wir verabfolgen darauf den ersten Band und schicken die nicht vollgeklebten Karten mit den Büchern wieder zurück. Die vollen Karten bleiben hier. Alle Bücher werden mit der Post extra, also nicht mit den Zeitungspaketen, gesandt.

**H. Hansmann & Co. in Bochum.**

Wir empfehlen die in unserm Verlage erschienene neue Sammlung Gedichte unseres ehrwürdigen Kameraden

## Heinrich Kämpchen.

# Was die Ruhr mir sang

bettelt der Dichter sein neues Werk. Die große Nachfrage und gute Aufnahme der beiden ersten Bände seiner Lieder, welche seit Monaten vollständig vergriffen sind, veranlaßt uns, einen dritten Band herauszugeben und wir sind überzeugt, daß das, was der Verfasser seinen Kameraden in dieser neuen Sammlung Gedichte bietet, eine Zierde für den Büchertisch ist.

Durch sauberen Druck auf gutem Papier, in geschmackvoller Ausstattung geben wir dem Werken — dem Inhalt entsprechend — auch äußerlich ein schönes Gewand, sodaß wir es einem jeden Kameraden bestens empfehlen können.

**Der Preis für unsere Mitglieder beträgt 75 Pf., im Buchhandel 1,00 Mark.**

**H. Hansmann & Co., Bochum Westf.**

Wir empfehlen ein von einem Juristen verfaßtes und vom Verbandsvorstande herausgegebenes Schriftchen:

## Verfahren vor dem Berg-Gewerbegericht

Das Schriftchen gibt Aufklärung über die Rechte und Pflichten der Berggewerbe- und Bergschiedsgerichts-Beisitzer und enthält auch sonst manch wichtigen Fingerzeig für solche Kameraden, welche beim Berggewerbegericht Hilfe suchen müssen.

Der Preis dieser Broschüre ist für Mitglieder des Verbandes der Bergarbeiter bei Einzelheft 30 Pfg., bei Partienheft 25 Pfg.

Bestellungen erbeten an die Firma

**H. Hansmann & Co. in Bochum,**  
Wiemelhauserstrasse 35-42